

## Nikolai Bersarin

### Zeitgeschichte und Legendenbildung

Jochen Stadt

Die Kulturpolitik des Berliner Senats liegt in den Händen der PDS. Vieles, was in der deutschen Hauptstadt vom rot-roten Senat in geschichtspolitischer Hinsicht geplant ist und mit Konsequenz verfolgt wird, trägt ihre Handschrift. Schlimmer noch! Die SED-Erben führen vor aller Augen den regierenden Tanzbär von Berlin am Nasenring über das historische Parkett. Im Gegenzug zu einigen DDR-kritischen Passagen, die auf Druck von Gerhard Schröder in die Präambel des Berliner Koalitionsvertrages aufgenommen wurden, rang die PDS ihren geschichtspolitischen Juniorpartnern aus der SPD drei symbolisch-historische Handlungen ab, die allerdings im Unterschied zu dem unverbindlichen Koalitionsvorwort bleibende Konsequenzen haben sollen. Das ist zum ersten die Errichtung eines Denkmals für Rosa Luxemburg auf dem Rosa-Luxemburg-Platz, zum zweiten die posthume Ernennung des ersten sowjetischen Stadtkommandanten Nikolai Bersarin zum Ehrenbürger der deutschen Hauptstadt und es war zum dritten die bereits vollzogene skandalöse Vergabe der Louise-Schröder-Medaille an die leidenschaftliche PDS-Anhängerin Daniela Dahn. Zu allen drei Vorhaben existieren mehrjährige Vorläufe, d.h. einschlägige PDS-Kampagnen, die, was das Luxemburg- und Bersarinanliegen betrifft, schon in früheren Jahren durch ein „breites Bündnis“ von Teilen der Grünen und der SPD mitgetragen wurden.<sup>1</sup> Als Matador der Rosa-Luxemburg-Angelegenheit tritt seit langem der frühere DDR-Kulturfunktionär und jetzige Berliner Kultursenator Thomas Flierl (PDS) in Erscheinung. Die Initialzündung für die Denkmalskampagne indes ging von einem entsprechenden Beschluß des PDS-Parteitag von 1994 aus.<sup>2</sup>

Bersarin teilt mit Rosa Luxemburg das Schicksal eines tragischen und frühen Todes. Er hat wie sie die Konsequenzen seiner letzten und entscheidenden politischen Handlungen nicht mehr erlebt. Doch wenn der rot-rote Berliner Senat bald Luxemburg und Bersarin unter ehrendes Staatsgedenken stellt, sind die Folgen des politischen Wirkens der beiden Geehrten durchaus von Belang. Luxemburg legte 1918 maßgebliche Grundlagen zur anti-demokratischen Ausrichtung der KPD und stachelte den bewaffneten Aufstand gegen die sozialdemokratische Regierung der Volksbeauftragten um Friedrich Ebert an. Bersarin sorgte 1945 mit der Einsetzung des von Walter Ulbricht handverlesenen ersten Berliner Nachkriegsmagistrats für die kommunistische Machtergreifung in Berlin. Bersarin vollstreckte auf seine Weise, was Luxemburg und Liebknecht im Januar 1919 mißlang. Die von ihm 1945 ernannten kommunistischen Stadtverordneten blieben später in Ost-Berlin unter dem Schutz der sowjetischen Bajonette an der Macht. In West-Berlin hat ihnen das

---

<sup>1</sup> Vgl. u.a. die Dokumentation des Initiativkreises Ein Zeichen für Rosa Luxemburg: Deutungsmuster eines politischen Lebens. Diskussionsprozesse 1998-2000, Berlin 2000. Diese Dokumentation entstand mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, der Heinrich-Böll-Stiftung Berlin, der Kulturwerk GmbH des BBK Berlin, des PDS-Parteivorstandes, der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst Berlin, des Landesvorstandes der PDS Berlin und des Bezirksamtes Mitte, Abteilung Ökologische Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen.

<sup>2</sup> Vgl. zur Diskussion um das Rosa-Luxemburg-Anliegen des Berliner PDS-SPD-Senats u.a. Manfred Scharrer: Rosa Luxemburg – Zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Denkmal-Debatte, in Zeitschrift des Forschungsverbundes Nr. 9/2000, S. 45 ff. sowie Manfred Wilkes Rezension zu Scharrers jüngst erschienenem Buch über „die Legende von Karl und Rosa“ in dieser Ausgabe.

vor allem die alte, inzwischen untergegangene Traditions-SPD mit Hilfe der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs verwehrt.

Aber auch was die fortschreitende Legendenbildung betrifft, gibt es erstaunliche Parallelen zwischen den beiden historischen Projektionsfiguren des rot-roten Berliner Senats. Die diversen von der ehrwürdigen Senatskoalition und den Grünen verbreiteten Luxemburg- und Bersarindarstellungen haben mit den historischen Vorlagen dieses Personenkultes kaum noch etwas gemein. Während die Frage des Luxemburgdenkmals eine ganze Reihe von kritischen öffentlichen Reaktionen hervorrief, traf die Pro-Bersarin-Kampagne nur auf verhaltenen Widerspruch. Inzwischen verbreiten offiziöse Bersarinhuldiger von dem Wirken dieses Mannes ein Bild, das sich um Lichtjahre von der geschichtlichen Realität entfernt hat. Zuletzt ehrte am 8. Mai 2002 die von PDS, SPD und Grünen dominierte Bezirksverwaltung Friedrichshain-Kreuzberg ihren „Helden der Sowjetunion“<sup>3</sup> durch eine Kranzniederlegung an einer der beiden Bersarin-Gedenktafeln und der Erklärung, er habe sich „mit seiner humanistischen Weltanschauung und politischen Toleranz um den Wiederaufbau der zerstörten Stadt verdient gemacht“.<sup>4</sup>

Im Jahr 1999 fand in dem ehemaligen sowjetischen „Museum der bedingungslosen Kapitulation des faschistischen Deutschland im Krieg 1941 bis 1945“ – heute schlicht Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst – eine Sonderausstellung über Bersarin statt. Diese Ausstellung, mit der die Kampagne für die Ehrenbürgerschaft Bersarins ihren Anlauf nahm, trat mit einer bemerkenswerten Verschiebung der Befreiungsgeschichtsschreibung hervor. Zu DDR-Zeiten wurde zunächst die „Gruppe Ulbricht“ als herausragende Organisationseinheit hervorgehoben, die in Zusammenarbeit mit der Roten Armee für die Neuordnung der Verwaltung und die ersten Schritte des Berliner Aufbaus gesorgt habe. „Obwohl ihr unmittelbares Arbeitsgebiet Berlin war“, heißt es in der 1970 erschienen Berlin-Geschichte von Gerhard Keiderling und Percy Stulz, „wurde die Tätigkeit der Gruppe Ulbricht richtungsweisend für den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau in ganz Deutschland“ (sic!).<sup>5</sup> Auch in der Frage der Kulturpolitik hielten sich Keiderling und Stulz an die ihnen zugänglichen Quellen im Institut für Marxismus Leninismus beim ZK der SED: „Aber gerade weil das Volk ungeheuere Not litt und die Gefahr der Resignation und Apathie drohte, war es wichtig, daß die humanistische Kunst und Literatur den Menschen ein neues Lebensgefühl gab, sie zum Denken und zur Aktivität anregte.“ Die kulturellen Leistungen gehörten nach Auffassung von Keiderling und Stulz zum Erstaunlichsten dieser Anfangszeit. Das alles „wäre ohne die tätige Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht und ihrer Kulturoffiziere nicht möglich geworden.“ Aber: „Auch hier waren es die Vertreter der KPD, die die Initiative ergriffen.“<sup>6</sup> Auf diese Sicht des Gangs der Dinge wird noch auf der Grundlage des historischen Schriftgutes zurückzukommen sein. Sie wird – soviel sei vorweggenommen – durch die archivalische Überlieferung weitgehend bestätigt.

Seit Ulbrichts Sturz im Jahre 1971 rückten die SED-Historiker Ulbricht und seine Mitstreiter der ersten Stunde mehr und mehr in den Hintergrund und betonten recht unspezifisch die Zusammenarbeit von sowjetischer Besatzungsmacht und deutschen Kommunis-

---

<sup>3</sup> Nikolai Bersarin trug den Titel „Held der Sowjetunion“ schon zu Lebzeiten. Er wurde ihm am 1. Mai 1945 von Josef Stalin zuerkannt.

<sup>4</sup> Zitiert nach Berliner Morgenpost vom 8. Mai 2002.

<sup>5</sup> Gerhard Keiderling, Percy Stulz: Berlin 1945-1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen Einheit Westberlin, Berlin 1970, S. 22 f. Vgl. auch Autorenkollektiv unter Leitung von Walter Ulbricht: Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung Band 6, Berlin 1966, S. 9 ff.

<sup>6</sup> A.a.O. S. 58 f.

ten. An dieser Perspektivverschiebung beteiligte sich Mitte der achtziger Jahre auch der früher andersdenkende Stadthistoriker Gerhard Keiderling. In seiner Geschichte der Hauptstadt der DDR 1946-1986 – nun ohne Berücksichtigung der „selbständigen Einheit Westberlin“ – reduzierte Keiderling den Anteil Ulbrichts am historischen Geschehen auf das für die Honecker-Ära gerade noch erträgliche Maß. Statt von der „Gruppe Ulbricht“ ist beispielsweise so oft wie möglich von den „Beauftragten des Zentralkomitees der KPD“ die Rede.<sup>7</sup> Nikolai Bersarin erfuhr in Keiderlings historischem Panorama der ersten Nachkriegswochen eine deutliche Aufwertung: „Täglich war Generaloberst Bersarin mit dem Wagen oder dem Motorrad unterwegs. Er wollte sich selbst von den Fortschritten der Normalisierung des Lebens und des demokratischen Neuaufbaus überzeugen, er kontrollierte und half mit politischem Rat und Befehlen. So haben ihn damals Tausende von Berlinern persönlich gesehen und kennengelernt. (...) Bersarins nimmermüder Elan übertrug sich auf seinen Offiziersstab und auf die deutschen Antifaschisten.“<sup>8</sup>

Nach dem Ende der DDR trat Keiderling, befreit von den Zwängen der Parteidisziplin, mit einer weiteren Interpretation der „Gruppe Ulbricht“ hervor. Man müsse, meinte er 1993, „den Anteil der Kommunisten am materiellen Wiederaufbau, ihre politische Verankerung in der Bevölkerung und ihre Mobilisierungsfähigkeit sachlich-kritisch bewerten. (...) Das untrügliche Gefühl, im Gefolge des Zusammenbruchs Deutschlands werde nur eine Diktatur gegen eine andere ausgewechselt, machte selbst in der Arbeiterbewegung weite Kreise unempfänglich für die kommunistische Propaganda.“ Nicht die „Gruppe Ulbricht“ sei das „Zentrum der Aktivisten der ersten Stunde“ gewesen, sondern „die Last des Wiederaufbaus, von der Beseitigung der Straßenbarrikaden und der Verteilung der Lebensmittel bis zur Ingangsetzung des Verkehrs, der kommunalen Versorgungseinrichtungen und der Betriebe, trugen die Bewohner der Stadt, vielfach hilfreich unterstützt durch sachkundige Besatzungsoffiziere.“ Die Kommunisten hätten dazu zwar sehr aktiv beigetragen, „ihnen allein aber eine ‚führende Rolle‘ in allen öffentlichen Bereichen zuzusprechen, wie dies zu DDR-Zeiten geschah, entsprach nicht der historischen Wahrheit“.<sup>9</sup> Die Karlshorster Bersarin-Ausstellung konzidierte schließlich Ulbricht noch, daß er „maßgeblich am Aufbau neuer politischer Strukturen beteiligt“ gewesen sei, rückte ihn aber ansonsten ganz tief in den Hintergrund des historischen Geschehens. Nach der Interpretation von Museumsleiter Peter Jahn gingen nahezu alle wichtigen Impulse zur Umstellung Berlins auf ein ziviles Leben vom braven Stadtkommandanten Bersarin aus. Jahn ging in der Stilisierung seines Helden sogar noch weiter, indem er die angeblich von Bersarin „gesuchte und gepflegte Lebensform im Rahmen der – ganz und gar weiblichen Familie mit dem Wirken Bersarins als Stadtkommandant“ kurzschloß. Diese Projektion führte in dem Bersarin-Katalog des Museums zu der folgenden geradezu rührseligen Psychologisierung: „Die Übertragung der Rolle des fürsorglichen Familienvaters – eines Familienvaters, der auch zuhörte und sich zurücknahm – auf den Kommandanten der anvertrauten Stadt mag in dieser Situation das Handeln Bersarins ebenso bestimmt haben wie die politischen Zielsetzungen seines Auftrags. Seine erstaunliche Fähigkeit, den Bedürfnissen einer neu aufzubauenden Zivilgesellschaft Raum zu geben, könnte mit diesem Selbstbild des Familienvaters zusammen-

---

<sup>7</sup> Die namentlichen Erwähnungen Walter Ulbrichts summieren sich in dieser SED-Stadtgeschichte laut Register auf weniger als die Hälfte der Nennungen Erich Honeckers. Gerhard Keiderling: Berlin 1946-1986. Geschichte der Hauptstadt der DDR, Berlin 1987.

<sup>8</sup> Ebenda S. 58 f.

<sup>9</sup> Gerhard Keiderling (Hrsg.): „Gruppe Ulbricht“ in Berlin April bis Juni 1945. Von der Vorbereitung im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1993, S. 101.

hängen.“<sup>10</sup> Einmal abgesehen von dem in diesem Zusammenhang völlig unpassenden Begriff der Zivilgesellschaft fällt auf, daß es die Autoren des Ausstellungskatalogs sorgsam vermieden haben, „die politische Zielsetzung seines Auftrages“ näher zu untersuchen und Bersarins Handeln in den Kontext der sowjetischen Pläne für Berlin und Nachkriegsdeutschland einzuordnen. Ja nicht einmal die politischen und militärischen Handlungsspielräume des Stadtkommandanten wurden eindeutig herausgearbeitet. Ein vergleichender Blick in andere Städte der SBZ hätte beispielsweise sehr deutlich gemacht, ob und inwieweit Bersarins Tätigkeit in Berlin sich von der dortiger Stadtkommandanten unterschieden hat. Als besonderes Verdienst wird Bersarin von seinen Verehrern angerechnet, er habe sich um Kunst und Kultur verdient und deren Neuanfang „stimuliert“.<sup>11</sup> Doch Kulturpolitik trieben die sowjetischen Stadtkommandanturen befehlsgemäß auch in anderen Städten der SBZ.

Am 31. Juli 1945 berichtete Arno Großmann in der Sächsischen Volkszeitung über seine „Streifzüge durch Dresdner Veranstaltungen“. Demnach brachten im total zerstörten Dresden „die sonst so stillen Julitage (...) eine Fülle künstlerischer Darbietungen“. Die Dresdner Philharmoniker gaben zusammen mit dem Cellisten Fritz Sommer unter dem Gastdirigenten Walter Schartner Weber, Brahms und Dvorsak, Josef Keilberth dirigierte im 2. Sinfoniekonzert der Staatskapelle Schuberts Overtüre zu ‚Rosamunde‘ und die Sinfonie Nr. 1 von Brahms und Gottfried Luck am gleichen Abend Tschaikowskys D-Dur-Violinkonzert. Freunde der heiteren Kunst konnten in einer Morgenveranstaltung bekannte Operettenmelodien von Madleine Lohse und Otto Palvay hören. „Erich Pontos reife Künstlerschaft, sein Gestaltungsvermögen und seine vorbildliche Sprechtechnik wurden nach einer Vorlesung von ‚Reinecke Fuchs‘ im Raume der Parklichtspiele herrlich gefeiert. Mitglieder der Staatsoper suchten die aufgezwungene Ruhepause mit eigenen Liederabenden zu überbrücken, wobei nicht immer Rücksicht auf die zeitliche Nähe und das Programm anderer Veranstaltungen genommen wurde.“<sup>12</sup> Weiter berichtete die Volkszeitung über einige „Wiederholungen früherer Darbietungen sowie ein Filmereignis ersten Ranges: In den Parklichtspielen lief - leider nur wenige Tage - die russische Filmoper ‚Pantöffelchen‘, ein vollendetes Kunstwerk, in dem sich dichterische Phantasie (Gogol) und Musik (Tschaikowsky) mit dem virtuosen Können des Regisseurs und seiner Helfer zu einem harmonischen Gesamteindruck verbanden.“ Außerdem enthielt die gleiche Ausgabe einen ausführlichen Bericht über die Tänzerin Dore Hoyer, die vom Rat der Stadt die Räume der ehemaligen Schule Mary Wigmans zugewiesen erhielt, wo sie nach mehreren Soloauftritten an der Bildung einer Tanzgruppe arbeitete. Am folgenden Tag erschien ebenfalls in der Sächsischen Volkszeitung eine euphorische Besprechung der Aufführung des neuen Programms von Gret Paluca, das als Veranstaltung des Interimstheaters Dresdner Bühnen aufgeführt wurde. Palucas Truppe tanzte Schumann, Chopin und als Höhepunkt „Phantasien um Carmen“.<sup>13</sup>

---

<sup>10</sup> Peter Jahn im Vorwort des von ihm herausgegebenen Ausstellungskataloges Nikolaj Bersarin, Berlin 1999, S. 9.

<sup>11</sup> Vgl. Ausstellungskatalog a.a.O. S. 29 ff. und Peter Jahn: Der weiße Rabe unter den Kommunisten? Stadtkommandant Bersarin (1904 – 1945), in Edition Luisenstadt, Berlinische Monatsschrift Heft 12/2000, S. 102.

<sup>12</sup> Gemeint war damit die Ansetzung eines „Ariennachmittags“ parallel zu einer KPD-Kundgebung, auf der Hermann Matern sprach.

<sup>13</sup> Vgl. Volkszeitung vom 31. Juli 1945 und 1. August 1945. Die Sächsische Volkzeitung war die Vorläuferin der späteren Sächsischen Zeitung. Gret Palucca hatte übrigens im total zerstörten Dresden bereits im Juni 1945 wieder mit dem Unterricht begonnen und wiedereröffnete am 1. Juli 1945 ihre Tanzschule.

Demnach erlebte also auch Dresdens Kulturleben schon im zweiten Monat nach Kriegsende einen erstaunlichen Aufschwung. Als das „Interimstheater“ am 10. Juli in der Tonhalle mit Lessings „Nathan der Weise“ eröffnete, würdigte Bürgermeister Dr. Müller vor der Premiere das „in so kurzer Zeit geleistete Aufbauwerk“. Die Bevölkerung der ganzen Stadt sei der Roten Armee und „insbesondere dem Herrn Stadtkommandanten zu größtem Dank dafür verpflichtet, daß von dieser Seite die Bemühungen aller Beteiligten weitgehendste und warmherzige Unterstützung gefunden haben“. <sup>14</sup> Der Dresdner Stadtkommandant folgte offenbar den gleichen Vorgaben wie sein Berliner Kollege. Auch Generaloberst Wassili Tschuikow, der im Karlshorster Bersarin-Katalog als von seinen Soldaten gefürchteter „Mann mit der Peitsche“ und denkbar schlechte Alternative zu Bersarins Stadtkommandantur auftaucht, <sup>15</sup> gab bald darauf in Thüringen, wo er die Militärverwaltung kommandierte, den großen Freund und Förderer der deutschen Hochkultur. Vor zahlreichen Offizieren und Soldaten sprach Tschuikow am 9. August „an der Stätte, wo die beiden größten Humanisten der Weltgeschichte, die Dichter und Denker Goethe und Schiller, beigesetzt sind“. Er wies auf die Ehrfurcht des Sowjetvolkes vor den Dichturfürsten hin und betonte, „daß die Rote Armee die Kulturdenkmäler und die Kulturschätze nicht vernichte, wie die faschistische Lügenpropaganda es der Welt vorschwindeln wollte, sondern im Gegenteil sie schützt und verteidigt, weil sie den kulturell-fortschrittlichen Staat der UdSSR vertritt“ und fuhr fort: „Im Namen der Roten Armee, welche die Zivilisation Europas vor den faschistischen Barbaren gerettet hat, im Namen der Stalingrad-Gardisten sowie der sowjetischen Militärverwaltung lege ich diese Kränze an den Gräbern der großen deutschen Dichter und Denker Goethe und Schiller nieder, den Kämpfern für den Triumph der Freiheit und der Gerechtigkeit.“ <sup>16</sup> Sogar der angeblich gefürchtete „Mann mit der Peitsche“ führte sich offenkundig in Thüringen nicht viel anders auf, als sein Berliner Konkurrent und Kollege.

Wie es im Nachhinein aussieht, verstand Museumsdirektor Jahn das Unternehmen Bersarin-Ausstellung von vorneherein als leicht schlagseitige Vorbereitung einer Kampagne für eine posthume Ehrenbürgerschaft Nikolai Bersarins. Jahn selbst schürte die Bersarin-Legende – wie oben bereits angeführt - durch allerlei treuherzige Darstellungen in dem von ihm herausgegebenen Ausstellungskatalog sowie in Zeitungen und einschlägigen Journalen. In der Monatsschrift Luisenstadt etwa charakterisierte er im Dezember 2000 den sowjetischen Stadtkommandanten wiederum als einen fürsorglichen Stadtvater, der durch seinen unermüdlichen „Einsatz für das Überleben der Berliner“ gesorgt habe. Bersarin sei dazu „durch das Selbstverständnis des fürsorglichen Vorgesetzten und Familienvaters motiviert worden“. Auch im Privatleben sei Bersarin eine Art unkonventioneller Tatmensch gewesen. Neben einem innigen Familienleben waren nach Jahns Imagination „Reiten, Jagen, Skilaufen, Auto- und Motorradfahren (...) die außerdienstlichen Leidenschaften Bersarins, in denen er sich kaum von einer Erzählfigur Hemingways unterschied.“ <sup>17</sup>

---

<sup>14</sup> Vgl. Sächsische Volkszeitung vom 13. Juli 1945.

<sup>15</sup> Vgl. Andreas Hallen: Nikolaj Bersarin. Der Stadtkommandant, in: Peter Jahn (Hrsg.): Nikolaj Bersarin, Ausstellungskatalog, Berlin 1999, S. 26.

<sup>16</sup> Vgl. Sächsische Volkszeitung vom 14. August 1945: „Ehrung Goethes und Schillers in Weimar. Generaloberst Tschuikow spricht an der Gruft“.

<sup>17</sup> Peter Jahn: Der weiße Rabe unter Kommunisten? Nikolaj E. Bersarin (1904-1945). Edition Luisenstadt, Berlinische Monatsschrift a.a.O. S. 105. Im Bersarin-Katalog des Karlshorster Museums schrieb Jahn unter Bezugnahme auf Hemingway, Bersarins Tod „könnte Teil einer dieser in die Realität transportierten Männerphantasien von Abenteuer und Todesnähe sein. Die Todesfahrt auf dem Motorrad hatte T. E. Lawrence bereits vorgelebt.“ Peter Jahn (Hrsg.): Ausstellungskatalog

Vor dem Hintergrund der rekonstruierbaren Realgeschichte, die sich im Mai und Juni 1945 in Berlin ereignete, muten diese Hemingwayassoziationen des Museumsdirektors allerdings reichlich verblasen und geschmacklos an. Dank der zugänglichen archivalischen Überlieferungen sowie der umfangreichen Sekundärliteratur ist es demungeachtet möglich, der historischen Gestalt Nikolai Bersarins dicht genug auf den Leib zu rücken, um einem annähernd realistischen Bild von ihm in seiner Zeit als Stadtkommandant nahe zu kommen. Mit den Aufzeichnungen eines Familienangehörigen des obersten deutschen Kommunisten, der sich der Umstände halber in der fraglichen Zeit häufig an der Seite des ‚treusorgenden Stadtvaters‘ Bersarin aufhielt, ist dazu im ehemaligen Geheimarchiv der SED ein aufschlußreiches Dokument aus erster Hand überliefert, das eine genauere Betrachtung lohnt.

### *Politik und Alltag in Arthur Piecks Notizheft*

Im Stab der Stadtkommandantur diente seit dem 30. April als Offizier der Roten Armee Hauptmann Pieck, der Sohn des KPD-Vorsitzenden. Im Nachlaß Arthur Piecks befindet sich sein Notizbuch aus der fraglichen Zeit, das sowohl alltagshistorisch als auch politikgeschichtlich ein beeindruckendes und aussagekräftiges Dokument ist. Arthur Pieck, der seit 1941 in der Hauptverwaltung der Roten Armee tätig war, wurde kurz vor Beginn der militärischen „Operation Berlin“ aus seiner Einheit in Lettland herausgelöst und in Moskau auf den Einsatz in Deutschland vorbereitet. Am 3. April 1945 erhielt er den Marschbefehl nach Moskau und reiste am nächsten Tag über Riga in die sowjetische Hauptstadt an. Dort angekommen entspannte er sich zunächst und pflegte seine angeschlagene Gesundheit. Der politische und private Tagesablauf - „zu Haus, essen, mit Gretchen Halma, Radio“ - ist im Kalender ebenso verzeichnet wie alle Medikamente, die ihm der Arzt verschrieb. Am 13. April trägt Pieck in das kleine rote Büchlein ein: „Wien befreit, Roosevelt gestorben.“ Am 19. April abends hörte er sich mit einigen anderen KPD-Leuten im Hotel Lux Goebbels Rundfunkrede zum sechsfünfzigsten Geburtstag Adolf Hitlers an.<sup>18</sup> In dieser Rede versuchte Goebbels den Westmächten Hitlers Leistung im Kampf gegen den Weltkommunismus nahe zu bringen. „Das eine aber kann heute schon nicht mehr bestritten werden“, sagte Goebbels, „gäbe es keinen Adolf Hitler, würde Deutschland von einer Regierung geführt wie etwa Finnland, Bulgarien und Rumänien – dann wäre es längst schon eine Beute des Bolschewismus geworden.“<sup>19</sup> Insbesondere eine Passage dieser Rede bot den im Hotel Lux um das Radio versammelten KPD-Funktionären ein eigentümliches Hörerlebnis - Goebbels Prognose für die Nachkriegszeit: „Deutschland wird nach diesem Kriege in wenigen Jahren aufblühen wie nie zuvor. Seine zerstörten Landschaften und Provinzen werden mit neuen, schönen Städten und Dörfern bebaut werden, in denen glückliche Menschen wohnen. Ganz Europa wird an diesem Aufschwung teilnehmen. Wir

---

a.a.O. S. 13. Es fragt sich angesichts dieser Sätze allerdings, wie diese schwülstigen Analogien, die mehr über des Museumsleiters Phantasien als über den sowjetischen Stadtkommandanten aussagen, eigentlich noch mit dem von Jahn selbst im Vorwort des Bersarin-Katalogs formulierten Anspruch in Übereinstimmung zu bringen sind, die Ausstellung versuche, „an die Stelle von politischen Mythen, Vorurteilen und Feindbildern, die sich zwischen Deutschen und Russen nicht erst seit dem Kalten Krieg angehäuft haben, den differenzierten Blick auf historische Fakten und Zusammenhänge zu setzen“. Ebenda S. 9.

<sup>18</sup> Goebbels sprach seit 1933 alljährlich am Vorabend des „Führergeburtstages“. Seine Führergeburtstagsreden endeten jeweils mit dem Satz: „Er soll uns bleiben, was er uns war und ist – unser Hitler!“. In seiner letzten Geburtstagsrede am 19. April 1945 variierte er den Satz: „Er soll uns bleiben, was er uns ist und immer war – unser Hitler.“

<sup>19</sup> Helmut Heiber (Hrsg.): Goebbels Reden 1939-1945, Düsseldorf 1972, S. 454.

werden wieder Freund sein mit allen Völkern, die guten Willens sind, werden mit ihnen die schweren Wunden, die das edle Antlitz unseres Kontinents entstellen, zum Vernarben bringen. Auf reichen Getreidefeldern wird das tägliche Brot wachsen, das den Hunger der Millionen stillt, die heute darben und leiden. Es wird Arbeit in Hülle und Fülle geben, und aus ihr wird als der tiefsten Quelle menschlichen Glücks Segen und Kraft für alle entspringen. Das Chaos wird gebändigt werden! Nicht die Unterwelt wird diesen Erdteil beherrschen, sondern Ordnung, Frieden und Wohlstand.“<sup>20</sup>

Mehr noch als die Goebbelsrede bewegte Arthur Pieck aber ein persönliches Problem. Auf den unteren Rand des Notizblattes schrieb er „Gretchen krank“. Am 22. April erfuhr er um die Mitternachtszeit, daß die Rote Armee den Stadtrand Berlins erreicht hatte. Er fand nach dieser Nachricht keinen Schlaf und kam erst um halb zwei zur Ruhe. Am 23. April um 18.00 Uhr erhielt er seine endgültige „Kommandierung“ nach Deutschland. Danach traf er sich „mit Herrstadt, Lore und Elly“ zum Kaffee und suchte kurz darauf seinen Vater Wilhelm Pieck zum Abendessen auf. Am 24. April packte Hauptmann Pieck nach dem Aufstehen um 7.00 Uhr seinen Koffer. Aber der für Donnerstagvormittag vorgesehene Abflug mußte verschoben werden. „Flugzeug kaputt“ heißt es lakonisch unter dem Datum des 26. April. So konnte Arthur Pieck doch noch am 27. April an der abendlichen Geburtstagsfeier von Karl Maron im Hotel Lux teilnehmen. Bevor er sich kurz nach Mitternacht zu Bett begab, hielt er noch unten auf dem Kalenderblatt des 27. April das Gesprächsthema des Abends fest: „Vereinigung Rote Armee mit Amerikanern und Engländern bei Torgau am 25.4.“ Am Freitag dem 28. April 1945 um 10.00 Uhr dann flog Arthur Pieck nach Krakau und wurde von dort aus umgehend in die Kommandantur nach Landsberg gefahren. Am 30. April traf er im Hauptquartier der 5. Stoßarmee in Karlshorst ein. Schon am nächsten Vormittag kam er dort zu einer ersten Besprechung mit Generaloberst Bersarin zusammen. Am Nachmittag des gleichen Tages richtete er sich das ihm zugewiesene Zimmer in der Frankfurter Allee ein.<sup>21</sup>

Aus Piecks Kalendarium gehen für die folgenden Tage sehr konkret zahlreiche Abläufe hervor, in die er seit dem 1. Mai 1945 an der Seite Bersarins einbezogen war. Fast täglich nahm der sowjetische Stadtkommandant den Rat und die Ortskunde des deutschen Hauptmanns der Roten Armee in Anspruch. Arthur Pieck seinerseits unterrichtete sowohl seinen Vater in Moskau als auch die „Gruppe Ulbricht“ vom Gang der Dinge in der Berliner Stadtkommandantur.

### *Ulbricht und Bersarin*

Lange bevor Bersarin am 24. April 1945 zum Berliner Stadtkommandanten ernannt wurde, stand bereits fest, was er in dieser Funktion zu tun hatte.<sup>22</sup> Darüber waren auch Walter Ulbricht, der in Berlin eine herausragende Rolle spielen sollte, und die Exilführung der KPD seit dem 5. April 1945 im Bilde. Die sowjetische Planung schlug sich präzise in den „Richtlinien für die Arbeit in besetzten Gebieten“ nieder, die von der Moskauer KPD-Spitze nach Konsultationen mit der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee Anfang April herausgegeben wurden. Diese Richtlinien enthielten einen festgelegten Aufgabenkatalog, den die KPD-Beauftragten in Deutschland gemeinsam mit den sowjetischen

---

<sup>20</sup> A.a.O. S. 453.

<sup>21</sup> Notizbuch von Arthur Pieck 1. April 1945 bis 30. Juni 1945, SAPMO-BArch, ZPA, NY 4130/79, Bestand Arthur Pieck.

<sup>22</sup> Vgl. hierzu Bersarins Rede anlässlich der Amtseinführung des Berliner Magistrat am 19. Mai 1945, Fußnote 50.

Orts- und Stadtkommandanten zu verwirklichen hatten. „Die Hauptaufgaben sind: Herstellung der Ordnung, Schaffung der Bedingungen des täglichen Lebens der Bevölkerung, Unterstützung der Roten Armee bei der Liquidierung der nazistischen Terror- und Provokationsnester und Organisierung des Kampfes für die politisch-moralische Ausrottung des Nazismus, Militarismus aus dem Leben des deutschen Volkes.“<sup>23</sup>

Die sowjetischen Kommandanten wurden angewiesen, in Zusammenarbeit mit den Beauftragten der KPD einen Bürgermeister zu ernennen und eine Gemeinde- oder Stadtverwaltung einzusetzen. Dabei waren bis zu sieben Abteilungen einzurichten: Ernährung, Wohnung, Städtische Betriebe, Gewerbe, Gesundheitswesen, Volksbildung und Finanzen. Für die Auswahl und Registrierung des Personals der Stadtverwaltungen sollte jeweils ein „Personalamt“ zuständig sein. „Die Leitung dieses Amtes soll“, hieß es in den KPD-Richtlinien, „in der Regel ein Genosse in den Händen haben, der in den letzten Jahren außerhalb Deutschlands als antifaschistischer Funktionär gearbeitet hat. Für die Funktionen in der Gemeindeverwaltung werden Antifaschisten herangezogen“.<sup>24</sup> Genau nach diesem Plan lief die Angelegenheit auch in Berlin ab.

Der Nachlaß Walter Ulbrichts im Bundesarchiv enthält die gesamte Planung und Realisierung der ersten Maßnahmen nach der Besetzung Berlins durch die Rote Armee. So etwa die von ihm noch in Moskau verfaßten „Direktiven für die nächsten Aufgaben der Stadtverwaltung“ und detaillierte Empfehlungen für die Arbeit ihrer wichtigsten Abteilungen. Da heißt es beispielsweise über die „Abteilung für Gewerbe, Handwerk, Handel“, sie habe „für die planmäßige Ingangsetzung der Betriebe zu sorgen. Sie regelt die Frage der Rohstoffbeschaffung, der Preise, des Verkaufs, sowie der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Betrieben, im Einvernehmen mit der Besatzungsbehörde.“ Ulbricht war übrigens der Auffassung, daß in den Schulen nicht nur die nationalsozialistischen Bücher aus dem Verkehr zu ziehen seien, „auch die aus der Weimarer Republik können nicht mehr für den Unterricht verwendet werden“. Ulbricht wußte auch ganz genau, wo sein Einsatz beginnen würde: „Die leitenden Genossen führen ihre Aufgabe von der Basis beim Stab der 1. weißrussischen Front durch.“ Von dort aus sollte in den wichtigsten von der Roten Armee besetzten Städten die Durchführung der Richtlinien gewährleistet werden. „Von der Roten Armee wird der führenden Gruppe der Genossen ein Oberst der Roten Armee für die Mitarbeit und Verbindung beigegeben.“ Dem Frontstab der Roten Armee für Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Pommern sollten außerdem dreiköpfige Arbeitsgruppen deutscher Kommunisten zugeordnet werden, „die als Instruktoren bei der Organisierung der Stadtverwaltung helfen“. Die festgelegten Kader der KPD und der hinzugewonnenen Antifa-Kriegsgefangenen wurden in Absprache mit der sowjetischen Seite auf Bezirks- und Kreisstädte aufgeteilt. Zu ihren Aufgaben schrieb Ulbricht: „Ein Teil von ihnen übernimmt die Funktionen in der Stadt für längere Zeit, während andere beauftragt werden, in den kleineren Städten und Gemeinden des betreffenden Kreises bei der Schaffung der Gemeindeverwaltungen zu helfen bzw. zu kontrollieren, ob die geschaffenen Gemeindeverwaltungen aus zuverlässigen Antifaschisten bestehen und wirklich im Sinne der Richtlinien arbeiten.“<sup>25</sup>

Bersarins Tätigkeit als Stadtkommandant war in mehrfacher Weise in die Befehls- und Anweisungshierarchie der militärisch und politisch übergeordneten Instanzen eingebunden, die sich auf den Rat und die Sachkunde der beigeordneten deutschen Kommunisten

---

<sup>23</sup> Walter Ulbricht: Vorschläge für die Organisierung der Arbeit der Stadtverwaltungen und des Magistrats sowie der Bezirksverwaltungen. SAPMO-BArch, NY 4182/851a, Nachlaß Walter Ulbricht.

<sup>24</sup> Ebenda.

<sup>25</sup> Ebenda.

stützten. Walter Ulbricht traf mit seinem Vorauskommando am 30. April 1945 vor Ort ein, und begann, während im Berliner Stadtgebiet noch gekämpft wurde, die vorgesehenen „Mitarbeiter der Stadtverwaltung zu suchen“. Er koordinierte die Arbeit seiner politischen „Brigade“ zunächst wie geplant aus dem Hauptquartier der 1. Belorussischen Front in Straußberg, dem auch Bersarins 5. Stoßarmee unterstand. Ulbrichts Nachlaß enthält diverse Namenslisten – die erste mit Datum vom 6. Mai 1945 - für die Besetzung der Berliner Stadtverwaltung. Zum Teil enthalten diese Listen ganz konkrete Hinweise, wie mit den einzelnen Personen Kontakt aufgenommen werden sollte. Hinter dem Namen des Sozialdemokraten Josef Orlopp – vorgesehen für die Abteilung Handel und Handwerk des Magistrats - ist die Adresse - Wedding, Prinz-Eugenstr. 17 - vermerkt und: „An die Jalousie des Ladens klopfen und sagen man kommt von Ulbricht“. Ebenfalls im Nachlaß des Berlinkenners Ulbricht findet sich eine für die Sowjets gefertigte handschriftliche Aufstellung der 20 Stadtbezirke, in denen Stadtverwaltungen einzusetzen waren.<sup>26</sup> Ulbrichts erster Personalvorschlag für den Magistrat enthielt noch die Überlegung, ob nicht der ehemalige Zentrumspolitiker Andreas Hermes zum Oberbürgermeister ernannt werden sollte. Er sei als Mann des 20. Juli ausgewiesen. „Man muß prüfen, ob man ihm nicht ein Wohnhaus zur Verfügung stellt, das in der sowjetischen Besatzungszone gelegen ist“, empfahl Ulbricht am 6. Mai - zwei Monate vor der Ankunft der Westalliierten in Berlin - dem Bevollmächtigten des NKWD bei der Belorussischen Front Generaloberst Serow. Weiter notierte Ulbricht in seiner Besetzungsliste: „Maron ist ein echter Berliner und hat große Fähigkeiten zur Massenarbeit.“ Paul Schwenk sei Mitglied der KPD seit ihrer Gründung. Ulbrichts Vorschlag für die Leitung des Gesundheitswesens lautete Sauerbruch: „Er ist ehrlich für Zusammenarbeit, hat aber zweifellos noch manche deutschnationale Anschauung.“ In die Arbeit der Volksbildungsabteilung sollte ein gewisser „Hein Rühmann (sic! – in einem früheren Personalplan Ulbrichts ist von Karl Rühmann die Rede – JS), einer der bekanntesten Filmschauspieler und Regisseure“ einbezogen werden. Rühmann hatte nach Ulbrichts Informationen „Genossen bei der illegalen Arbeit gegen das Hitlerregime geholfen“ und sei „sowjetfreundlich gesinnt“. Als Mitarbeiter für die Abteilung Volksbildung schlug Ulbricht den Sowjets zunächst „Genossen Fritz Erpenbeck vor (arbeitet jetzt in der Brigade des Gen. Ulbricht. In der Sowjetunion arbeitete er als Redakteur bei einer speziellen Radiostation. Genosse Erpenbeck ist Mitglied der KPD seit 1927 und lebte seit 1935 in der Sowjetunion). Er ist ein disziplinierter Kommunist. Wir verhandeln noch mit einigen namhaften Intellektuellen über ihre Mitarbeit.“<sup>27</sup> Erpenbeck erhielt dann allerdings einen anderen Auftrag und wurde in die Berliner Zeitung entsandt.<sup>28</sup> Für die tatsächliche Verantwortung, die Bersarin bei Personalentscheidungen überhaupt zukam, ist von Belang, daß ihm Ulbricht die erste Personalliste bereits am 6. Mai persönlich übergeben und erläutert hat. Bersarin hat nach und nach nur formal vollzogen, was ihm von dem „Beauftragten

---

<sup>26</sup> Keiderling/Stulz schrieben dazu 1970 quellengetreu: „Walter Ulbricht selbst entwarf das Schema der Gliederung der einheitlichen Bezirksverwaltungen.“ A.a.O. S. 24.

<sup>27</sup> Walter Ulbricht a.a.O.

<sup>28</sup> Die Berliner Zeitung erschien erstmals am 20. Mai 1945 im Auftrag des Stadtkommandanten, ab dem 20. Juni 1945 ging sie in die Verantwortung des Magistrats über und mutierte in späteren DDR-Zeiten zum Organ der SED-Bezirksleitung. Die personelle Besetzung der Redaktion in der Berliner Zeitung lag formell in Bersarins Hand, sie erfolgte aber ebenso wie beim Magistrat unter Ulbrichts Federführung. Im Rahmen der Pro-Bersarin-Kampagne hat sich die Berliner Zeitung in zahlreichen Artikeln für Ihren Gründungspatron ins Zeug gelegt. Vgl. neben einigen älteren Artikeln von Peter Jahn vor allem die Berliner Zeitung vom 6. Mai 2002: „Senat scheut den Namensstreit. Nikolai Bersarin kann noch immer nicht Ehrenbürger Berlins werden“. Berliner Zeitung vom 10. Mai 2002: „Durch Dokumente, die Lazuk (Bersarins Enkelin – JS) und Historiker des Deutsch-Russischen Museums fanden, gelten die Anschuldigungen gegen Nikolai Bersarin als widerlegt“.

für die Organisierung der Stadtverwaltung“<sup>29</sup> zur Ausführung übertragen worden ist. Es ist vor dem Hintergrund dieser Zusammenhänge kaum nachvollziehbar, warum die Berliner Grünen es Bersarin ausdrücklich als persönlichen Verdienst anrechnen, „daß er unbelastete, konservativ eingestellte Persönlichkeiten in die Aktivitäten für das Wohl der Stadt mit einbezog“.<sup>30</sup> Das aber war nun einmal Ulbrichts Werk.

Vermutlich diente die Karlshorster Bersarin-Ausstellung den Grünen als Orientierung bei dieser Würdigung. Der Bersarin-Katalog beschreibt „die Entscheidung für Arthur Werner als neuen Oberbürgermeister Berlins“ folgendermaßen: „Er wurde auf die Empfehlung eines früheren Schülers aufgetan und dann von einem ehemaligen Reichstagsabgeordneten Bersarin vorgestellt.“<sup>31</sup> Der Name des ehemaligen Reichstagsabgeordneten wird verschwiegen, obwohl aus der einschlägigen Literatur bekannt ist, daß es sich dabei um Walter Ulbricht handelte. Erst nach einem Auswahlgespräch bei Ulbricht wurde der bereits neunundsechzigjährige und politisch unerfahrene Architekt Arthur Werner als geeigneter „bürgerlicher Politiker“ Bersarin anempfohlen.<sup>32</sup>

### *Ulbrichts Magistrat*

Als Zeitzeuge äußerte sich Walter Ulbricht Anfang der siebziger Jahre in drastischen Worten über Arthur Werner: „Der hatte den besten Zylinder von Berlin und war immer gut gekleidet. Er war der Typ des bürgerlichen Politikers mit geschliffenen Umgangsformen. In seiner Wohnung hatte er ein Gästebuch mit Eintragungen vieler bürgerlicher Politiker. Mit den Nazis hatte er sich nicht groß engagiert, so daß er als parteiloser Antifaschist galt. Aber Ansprüche hatte er, die mußten wir erfüllen. Doch das blieb unter uns. Maron fluchte ganz schön, er hatte die ganze Arbeit zu leisten. Werner hatte von den politischen Problemen und Entscheidungen keine Ahnung.“<sup>33</sup> Von der ursprünglichen Überlegung, Andreas Hermes zum Oberbürgermeister zu machen, nahm Ulbricht sofort Abstand, als er erkann-

<sup>29</sup> Richard Gyptner, 1945 Mitglied der „Gruppe Ulbricht“, fügte im Rahmen der Vorarbeiten für die achtbändige Geschichte einige Anmerkungen zu Ulbrichts Überlieferungen hinzu. Gyptner bemerkte darin zu Ulbrichts „Arbeitsrang“: „Für Organisierung der Stadtverwaltung im Roten Rathaus, Eingang im Roten Rathaus Parterre links.“ Vgl. handschriftliche und andere Unterlagen aus Nachlaß Walter Ulbricht, SAPMO-BArch, NY 4182/851b.

<sup>30</sup> Die Fraktion der Berliner Grünen im Abgeordnetenhaus erklärte zur Begründung ihres Antrags für die posthume Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Bersarin: „Seiner Toleranz und seinem Engagement für Berlin entsprach es, daß er unbelastete, konservativ eingestellte Persönlichkeiten in die Aktivitäten für das Wohl der Stadt mit einbezog.“ Das ist historisch betrachtet allerdings ein wirklich grüner Umgang mit der Realgeschichte.

<sup>31</sup> Andreas Hallen: Nikolaj Bersarin. Der Stadtkommandant, in: Peter Jahn (Hrsg.): Nikolaj Bersarin, Ausstellungskatalog, Berlin 1999, S. 27.

<sup>32</sup> Keiderling/Stulz schrieben 1970 über die Tätigkeit der Gruppe Ulbricht in den ersten Maitagen des Jahres 1945: „Die Beauftragten des Zentralkomitees der KPD stellten die Verbindung zu Hitlergegnern aus den verschiedensten politischen Lagern her, überzeugten sie in oft nächtelanger, geduldiger Diskussion von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit und schufen gemeinsam mit ihnen in ganz Berlin neue, antifaschistisch-demokratische Selbstverwaltungsorgane.“ A.a.O. S. 23. In Günter Bensors 1985 erschienener Darstellung der KPD-Politik von 1944/45 hieß es dazu präzise: „Am 18. März stellte Walter Ulbricht Generaloberst N. E. Bersarin den künftigen Oberbürgermeister Dr. Arthur Werner und die Persönlichkeiten vor, die den Magistrat bilden sollten.“ Vgl. Benser: Die KPD im Jahr der Befreiung. Vorbereitung und Aufbau der legalen kommunistischen Massenpartei, Berlin (Ost) 1985, S. 97.

<sup>33</sup> Diese Äußerungen Ulbrichts stammen aus einem Gespräch, das er am 29. März 1972 mit Gerhard Keiderling führte. Sie sind abgedruckt in Gerhard Keiderling (Hrsg.): „Gruppe Ulbricht“ a.a.O. S. 64.

te, „daß er in dem ehrgeizigen Zentrumspolitiker, der schon bald als Gründungsvorsitzender der CDU fungierte und eine führende Position in einer künftigen deutschen Zentralregierung anstrebte, einen gefährlichen Gegenspieler gefunden hatte“.<sup>34</sup> Ulbricht selbst erklärte im Jahr 1970 in einer internen Besprechung dazu folgendes: „Hermes ging davon aus, nur deshalb mitzuarbeiten, um in der neuen Selbstverwaltung seinen bürgerlichen Staatsapparat, die kapitalistische Staatsmacht, wieder aufzubauen. Deshalb arbeitete er mit.“<sup>35</sup> Bei der gleichen Gelegenheit nahm Ulbricht auch zur Zeitdimension und den taktischen Überlegungen seiner Gruppe im Mai 1945 Stellung: „Wir waren die am besten vorbereitete Partei. Daran gab es keinen Zweifel. Das war auch deshalb notwendig, weil wir keine Zeit hatten. Wir mußten das schneller als die USA und die übrigen Westmächte machen. Deshalb mußten wir buchstäblich in wenigen Tagen die ganze Selbstverwaltung in Berlin und in den Ländern aufbauen, damit schon antifaschistisch-demokratische Selbstverwaltungen konstituiert waren und existierten, noch bevor die weiteren Verhandlungen zwischen den vier Mächten erfolgten. Diese Selbstverwaltungen mußten eine Koalition von Kommunisten, Sozialdemokraten, bürgerlichen Hitlergegnern usw. werden. Das alles muß geprüft werden und innerhalb von zwei Wochen geschehen. Mehr Zeit hatten wir dafür nicht.“<sup>36</sup> Es war nämlich zu verhindern, daß der amerikanischen Administration vor der Potsdamer Konferenz Vorwände für eine spalterische Intervention in der sowjetischen Besatzungszone geliefert würden. Hätte man beispielsweise die Bildung von Räten angestrebt, „dann wäre das selbstverständlich Wasser auf die Mühlen des Gegners gewesen. Aber so waren wir die konsequentesten Demokraten. Wir waren demokratischer als die Christen mit Kaiser an der Spitze. (...) Alle waren radikal und wollten uns übertreffen. Wir wollten nur die Staatsmacht haben, weiter nichts! Die antifaschistisch-demokratische Staatsmacht genügte uns. Wir sagten uns: Wie es dann weitergeht, das werden wir schon sehen.“<sup>37</sup>

Bersarin wick bei der Ernennung der Stadträte und Bürgermeister, die er zwischen dem 12. und 19. Mai vornahm, in keiner einzigen Position von Ulbrichts Vorschlagsliste ab. Er hätte das auch kaum riskiert, da Ulbricht, wie Bersarin wußte, im Auftrag Stalins in Berlin eine für ganz Deutschland beispielgebende Stadtverwaltung aufzubauen hatte. Berlin war das Experimentierfeld für eine kommunistische Machtübernahme im ganzen Land. Ulbricht stimmte zudem sein konkretes Vorgehen mit drei Bersarin übergeordneten Instanzen ab. Das war erstens und unmittelbar die Politische Hauptverwaltung der 1. Belorussischen Front. Dort beschwerte sich Ulbricht an Bersarin vorbei beispielsweise über Berliner Bezirkskommandanten, die sich nach seiner Auffassung falsch verhielten. Ulbricht äußerte dazu gegenüber einem sowjetischen Verbindungsoffizier, daß er keine Zeit habe, Bersarin zu informieren und sowieso „abends mit den Genossen der obersten Stelle zusammen“ treffe. Walter Ulbricht bezeichnete in seinen Notizen vom Mai 1945 Georgi Dimitroff als „den Chef“. Dimitroff hatte zu diesem Zeitpunkt als Stalins Beauftragter in der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU die Machtergreifung der kommunistischen Parteien in den von der Roten Armee kontrollierten Ländern zu koordinieren. Er repräsentierte somit die zweite Führungsebene, der Ulbricht mehrmals wöchentlich schriftlich Bericht über den Stand der Magistratsbildung in Berlin erstattet hat. An Dimit-

<sup>34</sup> Gerhard Keiderling a.a.O. S. 62.

<sup>35</sup> Walter Ulbricht; Franz Dahlem, Anton Ackermann; Friedrich Ebert; Hans Teubner; Willi Stoph: Stenographische Niederschrift der Sitzung der Kommission zur Vorbereitung des 25. Jahrestages der Gründung der SED im Hause des Zentralkomitees am Donnerstag dem 17. 12. 1970 (Beginn 10 Uhr), SAPMO-BArch, ZPA, IV A 2/2024/62, Bestand Büro Kurt Hager, S. (handschriftlich) 66.

<sup>36</sup> Ebenda S. (handschriftlich) 64.

<sup>37</sup> Ebenda S. (handschriftlich) 65.

roff richtete er auch seine Bitten um Überstellung zusätzlicher KPD-Funktionäre aus dem Moskauer Exil, die er „in die Stadtverwaltung einbauen“ wollte. Die dritte Führungsebene schließlich, mit der Walter Ulbricht in ständiger operativer Verbindung stand, war der NKWD-Beauftragte Iwan Serow. Die sowjetische Staatssicherheit erhielt auf diesem Weg von Ulbricht am gleichen Tag wie Bersarin – nämlich am 6. Mai 1945 - die erste Namensliste mit Personalvorschlägen für den Berliner Magistrat zur Überprüfung.

Im Ausstellungskatalog des deutsch-russischen Museums Karlshorst wird behauptet, „die Stadtpolitik Bersarins“ habe „im Jahre 1945 einige Züge getragen, die den Intentionen Ulbrichts deutlich zuwider gelaufen waren“.<sup>38</sup> Welche Abweichungen das jedoch waren bleibt ein Geheimnis der Ausstellungsmacher. Der Stadtkommandant befolgte in der Personalpolitik treu und brav den von anderen Entscheidungsträgern ausgeheckten Plan. Das läßt der Ausstellungskatalogs wenigsten indirekt durchblicken, wenn dort angemerkt wird: „Mit der nur wenig später erfolgten Zulassung von politischen Parteien wurde die politische Ausrichtung des Magistrats klarer: Von 17 Stadträten gehörten neun der KPD an, zwei der SPD, zwei der CDU und vier waren parteilos“.<sup>39</sup> Wer sich, wie der CDU-Politiker Andreas Hermes der kommunistischen Politik widersetzte, verlor ohne weitere Umstände bald wieder sein Amt.<sup>40</sup>

Arthur Piecks Aufzeichnungen jedenfalls enthalten keinerlei Hinweis, daß es zu irgendwelchen inhaltlichen Differenzen zwischen Ulbricht und Bersarins im Vollzug der Magistratsbesetzung gekommen wäre. Bei Pieck hätte sich derartiges aber durchaus niederschlagen können, da er gerade in den Tagen vor der Magistratsbildung eine Art Scharnierfunktion zwischen der Besatzungsmacht und der Gruppe Ulbricht innehatte. Deswegen lohnt es sich auch hier, das Geschehen noch einmal aus Piecks Perspektive nachzuvollziehen. Für den 2. Mai verzeichnet Piecks Kalender zwei Ereignisse. In roter Schrift – vermutlich schon lange vorher eingetragen – steht auf dem Kalenderblatt „Alfred Kurella Geburtstag“, unten in ganz großen Buchstaben, „Berlin genommen“. Am 3. Mai führte Hauptmann Pieck nach dem Frühstück „Gespräche mit Einwohnern“. Den Tag über war er mit verschiedenen sowjetischen Offizieren in Berlin unterwegs. Am 4. Mai um 10.00 Uhr traf er wiederum Bersarin. Ebenso am nächsten Vormittag, als er mit Bersarin und Generalleutnant Fjodor Bokow<sup>41</sup> erst durch Berlin fuhr und später an der Siegesparade vor dem Reichstag teilnahm. Am 6. Mai frühstückte Pieck mit Bersarin in Karlshorst und übersetzte danach für die Offiziere der Kommandantur einen Stadtführer. Um 14.00 Uhr stand die nächste Stadtrundfahrt an, diesmal begleitete mit Marschall Georgij Schukow und zeigte ihm Berlin. Am Nachmittag des 7. Mai traf Arthur Pieck eine Gruppe von kommunistischen Häftlingen aus dem Zuchthaus Brandenburg. Über diese Unterredung verfaßte er einen Bericht an seinen Vater. Am 8. Mai sprach er mit Lichtenberger Kommunisten. Ob er an der nächtlichen Zeremonie zur Unterzeichnung der deutschen Kapitulation in Karlshorst persönlich teilnahm, geht aus dem Notizbuch nicht eindeutig hervor - das Ereignis ist verzeichnet. Am 9. Mai traf er sich um 9.00 Uhr wieder mit Bersarin und fuhr mit ihm nach Spandau. Um 18.00 Uhr nahm er mit Bersarin das Abendessen ein. Am Vormittag des 10. Mai traf sich Arthur Pieck mit Walter Ulbricht, danach fuhr er um 12.00 Uhr mit

---

<sup>38</sup> Peter Jahn a.a.O. S. 9.

<sup>39</sup> Andreas Hallen a.a.O. S. 27.

<sup>40</sup> Andreas Hermes mußte im Dezember 1945 auf Druck der SMAD von allen Ämtern und vom CDU-Vorsitz zurücktreten.

<sup>41</sup> Fjodor Jefimowitsch Bokow war zu diesem Zeitpunkt Mitglied des Kriegsrates der Front. Er erhielt 1965 die Ost-Berliner Ehrenbürgerschaft und wurde wie Bersarin 1992 nicht in die Gesamtberliner Ehrenliste übernommen.

dem am Vortag eingetroffenen Politbüromitglied der KPdSU und Stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Anastas Mikojan<sup>42</sup> zum stellvertretenden Oberkommandierenden der 1. Belorussischen Front Wassilij Sokolowski nach Treptow. Um 16.00 Uhr erfolgte eine weitere Besprechung mit Bersarin und anderen führenden Offizieren, um 17.00 Uhr eine Beratung in der Stadt-Kommandantur an der Mikojan, Schukow, Sokolowski, Bersarin und mehrere Bürgermeister teilnahmen. Auch der ehemalige Zentrumsminister Andreas Hermes gehörte zu diesen Gesprächspartnern der sowjetischen Delegation. Am 11. Mai ab 11.00 Uhr nahm Arthur Pieck an einer weiteren Unterredung bei Mikojan teil. Danach nahm der Volkskommissar Piecks Dienste als Stadtführer in Anspruch und besuchte auf eigenen Wunsch nach dem zerstörten Regierungsviertel und dem Kurfürstendamm die Kindl Brauerei in Neukölln.

Über Neukölln handeln auch die Berichte eines weiterer Zeitzeugen erster Güte, der sich mehrfach zur kommunistischen Machtübernahme im sowjetisch besetzten Berlin geäußert hat. Die Rede ist von Wolfgang Leonhard, der als Mitglied der „Brigade Ulbricht“ seit dem 30. April vor Ort war. Leonhards Schilderungen belegen Ulbrichts entscheidende Rolle im Prozeß des Verwaltungsaufbaus in Berlin. Leonhard war dabei, als Ulbricht am 2. Mai 1945 in Neukölln mit Kommunisten zusammentraf, die den Nationalsozialismus im Lande überlebt hatten. „Ulbricht fragte die Neuköllner Kommunisten aus, gab ihnen kurz, nüchtern und hart Direktiven für die Arbeit und fragte, auswendig einen Namen nach dem anderen nennend, wie sich dieser oder jener während der Nazizeit verhalten habe. Als er anschließend die neue politische ‚Linie‘ darlegte, tat er dies in einem Ton, der keinen Widerspruch zuließ und jeden Zweifel ausschloß“.<sup>43</sup> Am Abend des gleichen Tages gab Ulbricht seiner Gruppe die konkreten Direktiven für die nächsten Tage. „Jede Bezirksverwaltung sollte aus 16 Dezernenten bestehen. So weit wie möglich sollten auch ‚Bürgerliche‘ herangezogen werden – vor allem frühere Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei oder des Zentrums, falls möglich Akademiker, sowie Sozialdemokraten und Parteilose. Kommunisten sollten als Bürgermeister allenfalls in den Arbeiterbezirken eingesetzt werden“. Am Ende der Besprechung habe Ulbricht dann die Katze aus dem Sack gelassen: „Der erste Stellvertretende Bürgermeister, der Dezernent für Personalfragen und der Dezernent für Volksbildung – das müssen unsere Leute sein. Dann müßt ihr noch einen wirklich zuverlässigen Genossen in jedem Bezirk ausfindig machen, den wir für den Aufbau der Polizei brauchen können.“<sup>44</sup>

Auch die Zusammenarbeit mit den sowjetischen Kommandanten beschreibt Leonhard, der von Ulbricht für den Bezirk Wilmersdorf verantwortlich gemacht worden war, sehr konkret und anschaulich. Nachdem er einen der ihm empfohlenen „Bürgerlichen“, ein ehemaliges Mitglied der Deutschen Volkspartei, in einem zwanzigminütigen Gespräch überzeugt hatte, setzte der vierundzwanzigjährige KPD-Funktionär den gestandenen ehemaligen Regierungsrat und Hitlergegner als Bezirksbürgermeister ein. „Der sowjetische Bezirks-

---

<sup>42</sup> Anastas I. Mikojan, 1915 Eintritt in die SDAPR, seit 1922 Mitglied des bolschewistischen Zentralkomitees, seit 1926 Volkskommissar und Stalins Organisationspezialist für Handels- und Versorgungsfragen. Als Mitglied des Verteidigungskomitees trug Mikojan während des Zweiten Weltkrieges die Verantwortung für die Versorgung der Roten Armee. Im Oktober 1961 erhielt Mikojan die Ehrenbürgerwürde von Karl-Marx-Stadt. Im September 2001 beschloß der Stadtrat von Chemnitz: „Anastas Iwanowitsch Mikojan wird in städtischen Veröffentlichungen einschließlich Internet nicht mehr als Ehrenbürger von Chemnitz aufgeführt.“ Beschluß-Nr. BA-22/2001, Stadtratssitzung vom 20. 9. 2001.

<sup>43</sup> Wolfgang Leonhard: Spurensuche. 40 Jahre nach Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1992, S. 99.

<sup>44</sup> Ebenda S. 100.

kommandant stellte nur pro forma einige Fragen, um dann in feierlichem Ton zu erklären, daß er hiermit Dr. Willenbücher zum Bezirksbürgermeister von Berlin-Wilmersdorf ernenne.“<sup>45</sup> Danach gab es Wodka und Glückwünsche. Die Abläufe auf Bezirksebene entsprachen demnach voll und ganz dem Schema, das auch für den Magistrat zur Anwendung kam. In der knappen Woche bis zur Kapitulation am 8. Mai, schreibt Leonhard, seien auf diese Weise bereits mehrere Bezirksverwaltungen von der Gruppe Ulbricht zusammengestellt worden.

Walter Ulbricht sandte am 17. Mai einen ausführlichen Bericht über den Stand der Dinge in Berlin an Wilhelm Pieck nach Moskau: „Ich muß sagen, wir hatten verhältnismäßiges Glück, daß ich nach einem Tag Suchens schon Dr. Hermes gefunden hatte und wir kamen sehr schnell an Kreise der intellektuellen parteilosen Demokraten heran, die uns viele Verbindungen geben. Ein Teil kannte mich von früher, andere hatten mich im Radio gehört, so daß ich überall sehr schnell Kontakt bekam. Inzwischen konnten wir die Stadtverwaltung vollständig organisieren.“ Von Dimitroff werde Pieck noch den ausführlichen Bericht über die Arbeit der ersten Tage erhalten. Inzwischen sei „es schon so, daß die Kommandanten in verschiedenen Stadtteilen, wenn komplizierte Fragen sind, sich telefonisch an uns wenden und einen Instrukteur anfordern, der hilft, die Fragen zu klären und den Verwaltungsapparat richtig aufzubauen. Dadurch, daß wir am Anfang unsere ganze Kraft auf die Verwaltungsbezirke konzentriert hatten, hatten wir genügend Kader kennengelernt, so daß wir Vorschläge für den zentralen Verwaltungsapparat, für Polizei und alles, was sonst notwendig ist machen konnten. Wir müssen uns Rechenschaft legen darüber, daß die Mehrheit unserer Genossen sektiererisch eingestellt ist und daß möglichst bald die Zusammensetzung der Partei geändert werden muß durch Hereinnahme aktiver Antifaschisten, die sich jetzt in der Arbeit bewähren.“ Viele Kommunisten würden lieber „Rot Front“ sagen und „in den komplizierten Bezirken Charlottenburg und Wilmersdorf (...) über Sowjetmacht und ähnliches“ schwadronieren. Es sei ein harter Kampf gegen die falschen Auffassungen in der Partei zu führen, „die ideologische Umerziehung unserer Genossen“ habe eine große Bedeutung. „Du wirst erschrocken sein, als ich telegraphisch soviel Leute angefordert habe. Aber es ist unbedingt notwendig, alle einigermaßen für die Arbeit fähigen Genossen nach hier zu schicken. Du mußt bedrücksichtigen, daß wir bis jetzt erst in den 22 Berliner Stadtbezirken gearbeitet haben, aber noch nicht in der Provinz Brandenburg.“ Alle „aktiven und einigermaßen fähigen Genossen“ seien sofort verwendbar. „Notwendig ist nur, daß sie in einer bürgerlichen Kleidung nach hier kommen. Es geht nicht, wie es geschehen ist, daß frühere Kriegsgefangene in Uniform in der Berliner Stadtverwaltung arbeiten. Nach einiger Zeit kann man die weiteren Fragen der Bekleidung hier lösen, aber für die ersten 2 Wochen müssen die Genossen einigermaßen anständig angezogen sein. Arthur hat gestern mit der Arbeit in der Stadtverwaltung begonnen. Wir haben alle mitgeholfen, damit er einen Zivilanzug bekommt und schnell mit der Arbeit anfangen kann. Lieber Wilhelm, wenn etwas Wichtiges ist, kannst Du mich vormittags erreichen über den Militärkommandanten. Du mußt am vorhergehenden Tag das Gespräch anmelden, damit ich da bin. Informiere bitte Lotte über alle wichtigen Fragen, die Du hast. Auf Verfügung des Kommandos der I. Weißrussischen Front wird ein Flugzeug von hier nach Moskau kommen und Lotte mit meinem Gepäck und wahrscheinlich noch anderen Genossen abholen. Ich wünsche die beste Gesundheit, damit Du in einiger Zeit kräftig hier in die Arbeit steigen kannst.“<sup>46</sup>

---

<sup>45</sup> Ebenda S. 101.

<sup>46</sup> SAPMO-BArch, NY 4182/851a, Nachlaß Walter Ulbricht.

Sehr konkret lassen sich Einfluß und Wirkungsmacht der Gruppe Ulbricht am Beispiel von Berlin-Kreuzberg verdeutlichen. Dort kam es zwischen dem sowjetischen Bezirkskommandanten und den deutschen Kommunisten zu einem Konflikt über die Zusammensetzung der Bezirksverwaltung. Die KPD monierte gegenüber ihrem sowjetischen Verbindungsoffizier mehrfach „die politisch schlechte Zusammensetzung des Bezirksamtes“ und verlangten Änderungen in ihrem Sinne. Der sowjetische Kommandant von Kreuzberg war aber mit den von ihm gleich nach der Einnahme Kreuzbergs eingesetzten Leuten sehr zufrieden. Darunter waren ein Lette und Exilrussen, mit denen er sich vorzüglich verständigen konnte. Dagegen fiel für ihn offenbar weniger ins Gewicht, daß die KPD-Leute gegenüber seinen „deutschen“ Bezirksverwaltern mit dem Vorwurf hantierten, diese seien NSDAP-Mitglieder oder für die Nazis als Übersetzer tätig gewesen. Walter Ulbricht regelte die Angelegenheit schließlich persönlich auf dem kurzen Dienstweg: „Am 30. Mai Vormittag war der Kommandant von Kreuzberg bei Genossen Ulbricht und bei einer kurzen Besprechung wurde folgendes vereinbart: Bis zum 2. Juni wird der alte Bürgermeister abgesetzt und Herr Klimm eingesetzt, die beiden Stellvertreter werden bis zum 5. Juni eingesetzt. Die übrigen Ressortleiter werden dann im Laufe von 10 Tagen neu eingesetzt.“<sup>47</sup>

Nach diesem Ausflug in die Niederungen der Berliner Bezirke nun aber zurück auf die zentrale Ebene des Geschehens und zu Arthur Pieck, der am Abend des 11. Mai um 21.00 Uhr wiederum an der Seite Mikojans sitzt und einen Teil der Gespräche mit deutschen Gesprächspartnern übersetzte. Am 12. Mai arbeitete er zu Hause. Am 13. Mai fand wieder ein Treffen bei Bersarin statt, Pieck dolmetschte. Am Nachmittag wartete er vergeblich auf Mikojan. Der war zu dieser Zeit damit beschäftigt, dem „Kriegsrat der Front“ ganz konkrete politische und wirtschaftliche Maßgaben für Berlin und die SBZ zu erteilen. Nach Schukows Erinnerungen nahm an den Besprechungsrunden mit dem aus Moskau angereisten Sonderbeauftragten Stalins stets auch Walter Ulbricht teil. Noch während der Anwesenheit Mikojans erließ der sowjetische „Kriegsrat der Front“ - nicht Bersarin - erste Befehle zur Normalisierung des Lebens in Berlin. Mit der Verordnung Nr. 063 vom 11. Mai wurde die Lebensmittelversorgung der deutschen Bevölkerung Berlins geregelt, durch Verordnung Nr. 064 vom 12. Mai die Wiederherstellung und Sicherung der kommunalen Wirtschaft angeordnet und am 30. Mai durch eine gesonderte Verordnung Nr. 080 die Versorgung der Berliner Kinder mit Milch geregelt.<sup>48</sup> Ein weiteres Ergebnis der Beratungen mit Mikojan war, wie Marschall Schukow berichtete, die ersten Schritte zur Wiederherstellung des städtischen Verkehrs und der Kultureinrichtungen. Auch hier fügt es sich, daß Schukows Erinnerungen mit den Zeitabläufen im Mai 1945 übereinstimmen. Einen Tag nach den von Schukow erwähnten Beratungen über die Wiederherstellung des städtischen Verkehrs und der Kultureinrichtungen beorderte Bersarin ebenso dringlich wie für die Betroffenen überraschend Gustaf Gründgens, Ernst Legal und Paul Wegener in die Stadtkommandantur, um sich über die vorbereitenden Gespräche zur Eröffnung von Berliner Theatern ins Bild setzen zu lassen.<sup>49</sup> Auch an diesem Punkt vollzog Bersarin die Vor-

<sup>47</sup> Der Bericht über die Unbotmäßigkeit des Kommandanten von Kreuzberg und Ulbrichts Intervention findet sich in SAPMO-BArch, NY 4182/851a, Nachlaß Walter Ulbricht.

<sup>48</sup> Marschall der Sowjetunion Georgij K. Schukow in seinen Erinnerungen und Gedanken, Berlin 1969 S. 323.

<sup>49</sup> Ebenda S. 327. Schukows Erinnerungen erschienen übrigens im Deutschen Militärverlag zu einer Zeit als Walter Ulbricht noch Erster Sekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR war. Die umfängliche Würdigung Bersarins in den Schukow-Memoiren ist ein deutlicher Beleg dafür, daß die These der Karlshorster Ausstellungsmacher, Ulbricht habe zu seiner Zeit als SED-Chef Würdigungen Bersarins verhindert, weil er in dessen Wirken „eine falsche Klassenpoli-

gaben und Pläne seiner Vorgesetzten. Der Wiederaufbau der Infrastruktur, des Versorgungswesens und des Kulturbetriebes beruhten auf Befehlen und Anweisungen, die auch für andere Stadtkommandanten in der sowjetischen Besatzungszone verbindlich waren und von ihnen umgesetzt worden sind, wie oben am Beispiel Dresdens bereits gezeigt wurde. Bersarin hat sich vermutlich persönlich um mehr gekümmert als von einem Frontkommandanten zu erwarten gewesen wäre, aber er hat nichts unternommen, was seinen politischen Vorgaben und militärischen Befehlen widersprochen hätte. Er war nämlich wirklich, wie Schukow treffend schrieb, „ein treuer Sohn der Kommunistischen Partei, ein großer Patriot, ein erfahrener, willensstarker und disziplinierter Kommandeur.“<sup>50</sup>

Am 15. Mai stellte Ulbricht – wie aus Piecks Kalender hervorgeht – Stalins Sonderbeauftragten Mikojan die bis dahin feststehenden Mitglieder der Stadtverwaltung vor. An der Zusammenkunft im Lichtenberger Oberkommando nahmen selbstverständlich auch Marschall Schukow und Generaloberst Bersarin teil. Pieck erhielt im Verlauf des Treffens die Mitteilung, daß er vom folgenden Tag an nicht mehr der Roten Armee angehörte, sondern sich als Zivilist am Aufbau der Berliner Stadtverwaltung zu beteiligen hatte. Am 16. Mai fand um 12.00 Uhr eine Besprechung bei Walter Ulbricht statt, Pieck notierte und unterstrich sich die Weisung „Zivil anziehen“. Um 16.00 Uhr kam es zu einer weiteren vorbereitenden Besprechung für die auf 18.00 Uhr angesetzte Sitzung der provisorischen Stadtverwaltung. Pieck legte danach den Plan zur Zimmerverteilung im Magistrat an. Am 17. Mai - Pieck notierte die Einführung der deutschen Zeit, eine Stunde zurück - kümmerte er sich weiter um die Logistik in der Stadtverwaltung und beteiligte sich am Nachmittag im Kreis der Kommunisten an den Erörterungen über die noch offenen Personalfragen. Am 18. Mai um 12.00 Uhr begab er sich wieder zu Bersarin, um mit ihm letzte Details der für den kommenden Tag angesetzten offiziellen Amtseinführung des Magistrats zu besprechen. Danach setzte er seine organisatorische Tätigkeit in der Stadtverwaltung fort. Am 19. Mai vormittags trafen sich die Kommunisten erneut, um alle Schritte der konstituierenden Sitzung des Magistrats noch einmal durchzugehen. Der formelle Akt begann um 13.00 Uhr in Anwesenheit des Stadtkommandanten. Bersarin hielt im Verlauf der Sitzung eine kurze Ansprache. „In ihre Rechte tritt heute die Berliner Stadtverwaltung, deren Aufgabe darin besteht, so schnell und so gut wie möglich das normale Leben der Stadt Berlin wiederherzustellen“, sagte er und fuhr fort, jeder, der wahrhaft gewillt sei, „zu arbeiten, der sich für das Ganze einsetzen will, ist heranzuziehen, damit das Leben wieder in Gang komme. Wir sind hierhergekommen, um ein für allemal die Hitlerbande zu vernichten.“ Niemals und unter keinen Umständen habe „das Sowjetvolk daran gedacht, gegen das

---

„tik“ sah, zwar kühn konstruiert aber kaum zu belegen ist. Sogar in der achtbändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die ein Redaktionskollektiv unter Vorsitz von Walter Ulbricht erarbeitet hat, ist Bersarins Rede zur Amtseinführung des Berliner Magistrats ausführlich zitiert worden. Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. 6, S. 19 f. Im Unterschied zu Bersarin wurde in dem von Ulbricht persönlich redigierten Geschichtsbuch der Oberkommandierende der Roten Armee in der SBZ, Marschall Schukow nur einmal und wesentlich knapper als Bersarin erwähnt. Vgl. Ebenda S. 27. Einen anschaulichen Bericht über Ulbrichts positives Verhältnis zu Bersarin druckte das „Neue Deutschland“ am 22. Mai 1960. Dort erinnerte sich Sepp Hahn unter der Überschrift „Im Mai vor 15 Jahren“: „Walter Ulbricht war einer der besten Freunde des Generaloberst Bersarin, des ersten Stadtkommandanten Berlins. Sein großes Herz für die Berliner Bevölkerung war Leitmotiv seiner praktischen Hilfe für den beginnenden Neuaufbau und die Arbeit der Antifaschisten. Das erlebte ich persönlich und tagtäglich und konnte deshalb den Schmerz Walter Ulbrichts verstehen, als am 16. Jun 1945 die Nachricht von dem tödlichen Unglücksfall Bersarins in der Prinzenallee 80 eintraf.“ Hahns Erinnerungsartikel ist abgedruckt in Keiderling: „Gruppe Ulbricht“ in Berlin a.a.O. S. 667 ff.

<sup>50</sup> Vgl. Schukows Erinnerungen a.a.O. S. 304.

deutsche Volk zu Felde zu ziehen. Niemals ist es dem Sowjetvolk eingefallen, fremdes Land erobern zu wollen. Wir haben Land genug.“ Viele sowjetischen Bürgern seien dem Krieg zum Opfer gefallen, viele andere in tiefste Not gestürzt. „Ich habe während meines ganzen Lebens nichts gesehen, was dem ähnlich war, als die deutschen Offiziere und Soldaten wie Bestien gegen die friedliche Bevölkerung vorgingen. Alle Zerstörungen, die Sie in Deutschland haben, sind Kleinigkeiten, gemessen an den Zerstörungen, die wir erfahren haben.“

Bersarin wies in seiner Rede mehrfach auf die anstehenden gewaltigen Aufgaben des Wiederaufbaus hin und äußerte sich in diesem Zusammenhang auch zu seinem Auftrag und der Befehlslage: „Als ich am 25. April 1945 mit meinen Truppen nach Berlin vorrückte, als Berlin noch gegen uns kämpfte, hatten wir schon Anweisung von Marschall Stalin, Lebensmittel für die Bevölkerung der Stadt Berlin heranzuschaffen. Jetzt interessiert sich Marschall Stalin täglich dafür, wie die Arbeit voranschreitet.“ Er werde in den nächsten Tagen Unterlagen über die bislang geleistete Arbeit an Stalin nach Moskau übermitteln.<sup>51</sup> Außer Bersarin sprachen Oberbürgermeister Werner, Andreas Hermes, Karl Maron, Dr. Hermann Landwehr, Professor Sauerbruch, Josef Orlopp, Ottomar Geschke, Otto Winzer und Heinz Rühmann. Letzterer sagte am Schluß seiner Rede: Die nächsten Aufgaben der Künstler seien „um so schöner für uns, als jetzt die Kunst befreit sein wird von allen Schikanen und Fesseln, unter denen sie bis vor wenigen Tagen litt.“ Rühmann erhielt für seine kurze Rede „stürmischen Beifall“.<sup>52</sup>

Nach den Ansprachen soll es laut Arthur Piecks Notizen ein „Bankett“ gegeben haben. Heinz Rühmann ist die Konstituierung des Magistrats und das „Bankett“ folgendermaßen in Erinnerung geblieben: „Zur ersten Sitzung des neuen Magistrats von Berlin war ich als Vertreter vom Film eingeladen. Wir saßen an langen Tischen im einigermaßen hergerichteten Ersatzrathaus, jeder einen Teller mit Wurst und Käse und eine Flasche Wein vor sich. Auf Zuruf hin begab ich mich ans Mikrophon, sagte einige Worte über die Vergangenheit und wie ich mir die Zukunft vorstelle.“<sup>53</sup>

Piecks Kalender enthält seit der konstituierenden Magistratssitzung kaum noch Eintragungen über Besprechungen mit Bersarin, dafür aber häufig: „Sitzung bei Walter“, ab und an „bei Lotte“<sup>54</sup> – und den bürokratischen Tagesablauf eines Stadtrats für Personalfragen und Verwaltung: „Aufstehen, Frühstück, Stadthaus arbeiten“. Um so wichtiger - ein bißchen Privatleben gab es auch noch - am 30. Juni um 17.30 Uhr unterstrichen die Eintragung „Gretchen getroffen“ und hinter „schlafen“ ein Kreuzchen. Von diesem Tag an bleiben Aufzeichnungen über „Gretchen“ neben dem politischen Geschäft ein ständiges Thema der Notizen. Am 1. und am 9. Juni besuchte Stadtrat Arthur Pieck mit Stadtkommandant Bersarin Kabarettveranstaltungen im Deutschen Hof. Am 10. Juni notierte er die sowjetische Order „Parteien können gegründet werden“. Am 12. Juni um 17.30 Uhr ging er „Grette abholen“, um 18.00 Uhr „KPD-Funktionärsversammlung in Lichtenberg, Referat von

---

<sup>51</sup> Die Berliner Zeitung dokumentierte auf der ersten Seite ihrer Nr. 1 am 21. Mai 1945 Bersarins Ansprache zur Amtseinführung des Magistrats unter der Überschrift „Berlin lebt auf! Feierliche Gründungsversammlung des Magistrats von Groß-Berlin. Generaloberst Bersarin spricht!“

<sup>52</sup> Zusammenfassungen der Ansprachen finden sich ebenfalls in der Berliner Zeitung vom 21. Mai 1945.

<sup>53</sup> Heinz Rühmann: Das war's. Erinnerungen, Frankfurt/Main - Berlin 1982, S. 182 f.

<sup>54</sup> Gemeint sind Walter und Lotte Ulbricht.

mir“, danach gingen die beiden den neuen „Anzug abholen“. Am 16. Juni erreichte Pieck um 14.00 Uhr die „Nachricht, Bersarin tot“.<sup>55</sup>

### *Bersarins „Zivilgesellschaft“*

Nikolai Bersarin, heißt es im Ehrenbürgerbegehren der Grünen, habe sich „durch Humanismus und weltanschauliche Toleranz ausgezeichnet“. Mit dem „Humanismus“ Bersarins und seiner „Rolle des fürsorglichen Familienvaters – eines Familienvaters, der auch zuhörte und sich zurücknahm“ und es verstand „den Bedürfnissen einer neu aufzubauenden Zivilgesellschaft Raum zu geben“,<sup>56</sup> machten einige Biesdorfer Familien nur wenige Tage nach der Amtseinführung des kommunistisch dominierten Magistrats ihre ganz persönlichen Erfahrungen.

Dazu kam es folgendermaßen: Am 23. Mai 1945 wandte sich der stellvertretende Bürgermeister und Personalchef des Berliner Magistrats Karl Maron an den Stadtkommandanten: „Ein großer Teil der Mitglieder der Stadtverwaltung sowie der Mitarbeiter des Rundfunks und der Zeitung ist bisher noch ohne Wohnung. Einige andere, die im Westen der Stadt wohnen, wollen in den Osten umsiedeln. Die Stadtverwaltung schlägt die Schaffung eines geschlossenen Wohnbezirks für die genannten Mitarbeiter vor. In Frage kommt die Siedlung Biesdorf (ungefähr 4 km östlich der Stadtkommandantur). Wir bitten deshalb um den Befehl der Stadtkommandantur, daß die Wohnungen für die Stadtverwaltung frei gemacht werden.“ Maron, legte seinem Schreiben eine Liste der in Frage kommenden Häuser im Biesdorfer Gerstenweg bei. Außerdem bat er um die Einrichtung einer Kommandantur und die Verlegung einer ständigen Wache nach Biesdorf.

Bersarin reagierte am 29. Mai auf Marons Bitte mit folgendem Befehl: „An den Kommandanten von Lichtenberg. Aus den genannten Häusern sind die Einwohner umzusiedeln, die leeren Räume benötigt die Stadtverwaltung für ihre Mitglieder. Umsiedlungstermin bis 2. 6. 45. Bersarin 29. 5. 45“. Innerhalb von drei Tagen wurden daraufhin im Gerstenweg dreiunddreißig Einfamilienhäuser mit Gartengrundstücken geräumt. Die gesamte Wohnungseinrichtung mußte in den Häusern verbleiben.<sup>57</sup> In den überlieferten Unterlagen Arthur Piecks befinden sich Aufstellungen der einzelnen Häuser im Gerstenweg versehen mit den Vermerken „Vertrag“ und in der Mehrzahl der Vorgänge „Einweisung“. So zum Beispiel Jendretzky, Haus II, Stadtrat Winzer (später so bestätigt), Haus Va, Intendant von Wangenheim (in anderer Aufstellung Erpenbeck mit Fragezeichen, später bestätigt von Wangenheim in 5a), Haus 7a Hörnle (bestätigt), Haus 10 stellv. Oberbürgermeister Schwenk, Haus 10a Mahle, Haus 25 Stadtrat Arthur Pieck (bestätigt, Pieck wohnte aber dann in Nr. 26), Haus 26 Stadtrat Kegel, Haus 31 Hauptschriftleiter Rudolf Herrnstadt (kein Vertrag). Handschriftlich ist vermerkt, daß Walter Ulbricht in die Nummer 41 einziehen sollte und Vater Pieck in Haus Nr. 35, für Ackermann und Dahlem waren die Häuser Nr. 13 und 11 vorgemerkt und für Merker die Nr. 39 oder 9a. Ein Haus war für Chauffeure vorgesehen und Haus Nr. 14 für die Offiziere der Wache und ihre Fahrer. Karl Maron zog in die Nr. 25 Bückebergerweg/Ecke Gerstenweg ein. Dort hatte vorher ein NDSAP-Mitglied gewohnt (Parteieintritt 1.2.1932, vor 33 Besitzer eines Lokals, das der SA als Sturmlokal diente).

<sup>55</sup> Notizbuch von Arthur Pieck 1. April 1945 bis 30. Juni 1945, SAPMO-BArch, ZPA, NY 4130/79, Bestand Arthur Pieck.

<sup>56</sup> Peter Jahn im Katalog der Bersarin-Ausstellung a.a.O. S. 9.

<sup>57</sup> Das Schreiben Marons und der Befehl Bersarins findet sich in der Akte SAPMO-BArch, ZPA, NY 4130/82 Bestand Arthur Pieck.

In einer weiteren Aufstellung hielt Pieck nachträglich die „Begründungen und Beweise der Beschlagnahme“ zu einzelnen Grundstücken fest. Das liest sich folgendermaßen: „Seit 1930 NSDAP, Frauenschaft, Denunziantin“; oder: „seit 1.7.40 i.d. Partei als Blockleiter. Freiwillig als Kompanieführer im Volkssturm. Beide Eheleute als aktive Nationalsozialisten von der umwohnenden Bevölkerung bezeichnet.“ Der Mann sei „von den Russen verhaftet in Fürstenwald verstorben“; oder: „Fritz Neuenborn seit 1.5.33 in der Partei. Zellenleiter und Hauptkassierer der Ortsgruppe Biesdorf. Ehefrau in Frauenschaft, hatte die Betreuung der ausgebombten Bevölkerung unter sich. Neuenborn wurde nach Russeneinmarsch erschossen“; oder: „Ulrich, seit 1.5.33 in der Partei. Mitglied des Werwolfes. Einwohner 14 Tage vor Russeneinmarsch bedroht. Von den Russen verhaftet. Acht Tage später Ehefrau Nachricht, daß Ehemann tot.“<sup>58</sup> Zu anderen Grundstücken vermerken Piecks Unterlagen: „Im Juni 1945 durch Bersarin-Aktion beschlagnahmt. Ehemann seit 1.8.32 in der Partei, höherer Polizeioffizier, Dezernent im Polizei Präsidium. Politische Razzien geleitet. Ehefrau seit dem 1.9.32 in der Partei. Im Polizeipräsidium beschäftigt. Beide am 25.4.45 von den Russen verhaftet.“ Doch nicht überall trug die Nazi-Begründung. Dann findet sich unter der Rubrik „Begründung und Beweis der Beschlagnahme“ Einträge wie: „Im Juni 1945 durch Bersarin-Aktion beschlagnahmt - Wird umquartiert, kein Pg.-Haus“. Oder: „Im Juni 1945 durch die Bersarin-Aktion beschlagnahmt. Bemerkung: Material reicht zur Beschlagnahme nicht ganz aus. Wird noch untersucht.“

Da die kommunistischen Hausbesetzungen selbst nach Besatzungsrecht unzulässig waren, mußten sie 1946 zum Teil rückgängig gemacht und die Hausbesitzer unter der Hand durch Zahlungen aus SED-Mitteln entschädigt werden. Die Erklärung, es handele sich bei den betroffenen Hausbesitzern um ehemalige Nazi-Funktionäre, traf häufig nicht zu und brach vor Ort als Notlüge sehr bald in sich zusammen. Der für Biesdorf zuständige Lichtenberger Verwaltungsbeamte hielt, um sich abzusichern, in einer Aktennotiz fest, daß nur sieben der durch die „Bersarin-Aktion“ zwangsweise geräumten Häuser „nominellen“ NSDAP-Mitgliedern gehört hatten und es sich bei mehreren anderen Häuser sogar um „Eigentum von Antifaschisten“ handelte.

Eine Mitteilung des Bezirksamtes Lichtenberg, Amtsstelle Biesdorf, vom 2. Oktober 1945 beschäftigte sich mit der großen Zahl von Beschwerden, die in dieser Sache eingegangen waren. Ihnen ist zu entnehmen, daß mehrere der geräumten Häuser im Oktober noch nicht wieder belegt waren und einige der früheren Bewohner einfach wieder eingezogen waren. Den Räumungsvorgang selbst beurteilte das Bezirksamt folgendermaßen: „Die in Rede stehenden Häuser, am Gerstenweg im Bezirk Biesdorf gelegen, wurden seinerzeit durch den Stadtkommandanten, Generaloberst Bersarin, zum Zwecke der Unterbringung von Magistratsmitgliedern beschlagnahmt.“

In der Folgezeit schalteten mehrere der Exmittierten Rechtsanwälte ein. Aus ihren Schreiben an den Magistrat geht hervor, daß die von Bersarin aus ihren Häusern gewiesenen nicht einmal eine schriftliche Beschlagnahmungsbescheinigung erhielten. Viele Bewohner waren zu „Verwandten oder Bekannten gezogen und warteten dort darauf, wieder in ihre Häuser einziehen zu können, da sie nur an eine vorübergehende Maßnahme glaubten“. Da Stadtrat Arthur Pieck für die Bürgerbeschwerden in Sachen Gerstenweg zuständig war, finden sich in seinem Nachlaß diese Vorgänge und Protestschreiben der zwangsweise auf die Straße gesetzten Biesdorfer Familien. „Seit Monaten“, heißt es in einem Brief vom Herbst 1945, „hausen wir 2 Erwachsene und ein zweijähriges Kind, in einem Leerzimmer,

---

<sup>58</sup> In einem weiteren Dokument des Pieck-Nachlasses ist vermerkt: „Ullrich, Justus, NSDAP-Mitglied 1.5.32, Werwolfsangehöriger, 3 Wochen nach dem Russeneinmarsch wegen Werwolfpropaganda erschossen.“

das nicht geheizt werden kann, während in unseren Häusern nur 2 bis 3 Personen in 4 beheizbaren Räumen mit einer Küche wohnen, heißen Sie das in Anbetracht Ihrer Stellung im öffentlichen Leben vielleicht gut?“ Arthur Pieck antwortete darauf, die Angelegenheit werde von der Stadtverwaltung bearbeitet und behauptete: „Wie Ihnen bekannt ist, wurden die Häuser nicht vom Magistrat der Stadt Berlin, sondern von der sowjetischen Kommandantur beschlagnahmt. Dem Magistrat der Stadt Berlin entstehen hierdurch keinerlei Verpflichtungen“, trotzdem wolle er versuchen, „einen sozialen Ausgleich zu schaffen“.

Um die Biesdorfer Räumungen gegen die juristischen Schritte der Alteigentümer abzusichern ersuchte Pieck den Nachfolger Bersarins, Generalleutnant Smirnow, den Befehl Bersarins im Nachhinein zu ändern. Er enthielt nämlich keine Festlegung, daß der Grund und Boden des Beschlagnahmten Eigentums dem Magistrat zu übereignen sei. Das wurde erst im Dezember 1945 auf Piecks Ersuchen nachgeholt. Mit Schreiben vom 2. Februar 1946 forderte die Finanzabteilung des Magistrats das Grundbuchamt des Amtsgerichtes Berlin-Lichtenberg auf, seinerseits die entsprechenden Änderungen zu übernehmen. Mehrere Stadtverwaltungskommunisten mußten gleichwohl 1946 wieder aus dem Gerstenweg ausziehen, andere blieben in ihren neuen Heimen. Laut Arthur Piecks Liste waren das Karl Maron, Fritz Erpenbeck, Gustav von Wangenheim, Eduard von Winterstein, Rudolf Herrstadt, Ottomar Geschke, und Hans Jendretzky. Otto Winzer und Edwin Hörnle wurden im Juni 1946 angewiesen, den rechtmäßigen Besitzern fortan Miete zu erstatten. Für die rückwirkend angefallenen Kosten kam die Magistratskasse auf. Im August 1946 lehnte das Bezirksamt Lichtenberg sogar die von Arthur Pieck gestellten Räumungsanträge für vier Häuser ehemaliger Nazis ab. Die Sowjets hatten das Bezirksamt angewiesen, „die Konfiskation von Faschisten-Wohnungen“ dürfe „ohne Entscheidung der Alliierten Kommandantur nicht erfolgen. Die maximale Ausnutzung des Wohnraums durch Einengung (gemeint ist die Einweisung von Untermietern - JS) der Bewohner kann mit Genehmigung der Kommandantur erfolgen.“ Bersarin hat die zweifelhafte Legalisierung seiner Häuserräumungen nicht mehr erlebt. Sein Nachfolger aber untersagte bald nach dem Eintreffen der Westmächte in Berlin der kommunistischen Stadtverwaltung weitere Beschlagnahmungen von „Nazi-Häusern“.

Nachdem sich der Autor dieses Artikels im September 2000 in den Berliner Seiten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung kritisch mit der Bersarin-Legende befaßt hatte und in diesem Zusammenhang auf die von dem Stadtkommandanten angeordneten Häuserräumungen in Biesdorf hingewiesen hatte,<sup>59</sup> reagierte der Leiter des Karlshorster deutsch-russischen Befreiungsmuseums Peter Jahn in der Berliner Zeitung darauf mit der Behauptung, bei den „31 Reihenhaus-Vertreibungen“ habe es sich um einen ganz normalen Besatzungsvorgang gehandelt. Schließlich hätten sich doch alle vier Besatzungsmächte „in Berlin mit kürzesten Exmittierungsfristen Wohnraum in Karlshorst, Eichkamp, Dahlem und Tegel verschafften“. Das sei „in den Westzonen nicht anders“ gewesen. „Wenn Bersarin außer dieser besatzungstechnisch üblichen – und nach Haager Landkriegsordnung erlaubten – Entscheidung nichts weiter nachzuweisen ist, dann kann man ihm wohl ohne Zögern die Ehrenbürgerwürde wieder verleihen.“<sup>60</sup> Nun ließ aber Bersarin nicht die Gebäude für die Besatzungsmacht requirieren – eine im sowjetischen Sektor sowieso extensiver als später in den Westsektoren beanspruchtes Besatzerrecht – nein: die Biesdorfer

<sup>59</sup> Vgl. Jochen Staadt: Die Legende vom Stadtkommandanten B. Der Fall Nikolai Bersarin: Warum der Senat dem rot-grünen Antrag zur Auszeichnung des sowjetischen Militärs mit der Ehrenbürgerwürde nicht folgen darf. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Berliner Seiten vom 30. September 2000.

<sup>60</sup> Peter Jahn: Bersarin ohne Legende. Erwiderung auf neue Vorwürfe, die gegen den ersten Stadtkommandanten Berlins erhoben werden. Berliner Zeitung vom 12. Oktober 2000.

Häuserräumungen erfolgten zugunsten der im Berliner Magistrat tätigen deutschen Kommunisten. Nach Artikel 23 der Haager Landkriegsordnung (HKLO) ist die Beschlagnahme feindlichen Eigentums nur zulässig, wenn sie durch die Erfordernisse des Krieges dringend notwendig ist.

Entweder handelt es sich bei der Berufung von Museumsleiter Jahn auf das Haager Landkriegsrecht um eine argumentative Nebelkerze oder dezidiert um die Bestätigung der damals weitverbreiteten Auffassung, daß die deutschen SBZ-Kommunisten ohnehin als Personal der sowjetischen Besatzungsmacht zu betrachten seien. Von dieser Rechtsauffassung mochte aber – wie oben gezeigt – weder die Sowjetische Militäradministration noch die kommunistische Ost-Berliner Stadtverwaltung ausgehen. Sie war trotz aller Rechtsbeugungen nicht in der Lage, die Biesdorfer „Bersarin-Aktion“ nachträglich zu legitimieren. Dessen ungeachtet versucht der Direktor des Deutsch-Russischen Museums Karlshorst, die von Bersarin angeordneten Unrechtshandlungen um seines Helden willen heute als rechtmäßig darzustellen. Völlig unpassend ist in diesem Zusammenhang Jahns Berufung auf die Haager Landkriegsordnung. Art.52 der HLKO lautet: „Naturalleistungen und Dienstleistungen können von Gemeinden und Einwohnern nur für die Bedürfnisse des Besatzungsheeres gefordert werden.“ Artikel 46 der HKLO besagt: „Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürgerschaft und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen geachtet werden. Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden.“ Nach Artikel 47 der HKLO hatte die Besatzungsmacht Plünderungen zu unterlassen und zu unterbinden. Im Falle der Nichteinhaltung dieser Bestimmungen wäre die Besatzungsmacht nach Artikel 3 der HKLO zu Schadensersatz verpflichtet und zur Haftung für alle Handlungen, die von Personen begangen wurden, die ihren Streitkräften angehören. Diese Haftung gilt nicht nur für Angehörige der Besatzungsmacht, die sich an Befehle gehalten haben, sondern auch für solche, die gegen Befehle verstoßen haben. Das Besatzungsverbrechen der Massenvergewaltigungen war aber selbst dann ein Verstoß gegen damals geltendes Kriegsrecht, obwohl die Bindung der Sowjetunion an das Haager Landkriegsrecht umstritten ist.<sup>61</sup>

### *Gewalttaten unter Bersarins Verantwortung*

Immerhin war durch die „Bersarin-Aktion“ in Biesdorf niemand zu bleibendem körperlichen oder seelischen Schaden gekommen. Das trifft hingegen für die Übergriffe nicht zu, unter denen die weiblichen Zivilbevölkerung in den ersten Wochen nach dem Einmarsch der Roten Armee zu leiden hatte. Der amerikanische Historiker Norman Naimark schrieb in seiner 1997 erschienen Untersuchung „Die Russen in Deutschland“ über die „Einnahme Berlins“, die Vergewaltigungen in den Tagen der Eroberung Berlins bis zur formellen Kapitulation am 9. Mai und darüber hinaus bis zur Einsetzung der Sowjetischen Militäradministration am 9. Juni hätten sich in ähnlich extensiver Weise abgespielt wie zuvor in Schlesien. Obwohl „Vergewaltigungen und Plünderungen zuweilen mit dem Tod oder durch Auspeitschen bestraft“ wurden, zeigten die lokalen Berliner Kommandanten häufig „Verständnis für die Wut und Frustration ihrer Soldaten und kümmerten sich nicht weiter

---

<sup>61</sup> So weist Friedrich-Christian Schroeder darauf hin, daß zwar das zaristische Rußland die Haager Landkriegsordnung unterzeichnet hat, es jedoch unklar ist, ob die Sowjetunion in die Rechtsnachfolge des Russischen Reiches eingetreten ist. Vgl. Friedrich Christian Schroeder: Das Sowjetrecht als Grundlage der Prozesse gegen deutsche Kriegsgefangene, in: Andreas Hilger, Ute Schmidt, Günther Wagenlehner (Hrsg.): Sowjetische Militärtribunale, Köln / Weimar / Wien 2001, S. 74 f.

um ihre nächtlichen Umtriebe“.<sup>62</sup> Es ist geradezu qualvoll, die von Naimark zitierten zeitgenössischen Berichte und Interviews über diese schrecklichen Ereignisse zu lesen. Auch nach der von sowjetischer Seite später gegenüber gefangenen Wehrmachtsangehörigen geltend gemachten Rechtsauffassung, waren diese Gewaltaktionen gegen die Zivilbevölkerung Kriegsverbrechen. Während der knapp zwei Monate, in denen das Kommando über Berlin in Bersarins angeblich so „fürsorglicher“ Hand lag, kam es zu schwersten Übergriffen sowjetischer Soldaten und Offiziere im gesamten Stadtgebiet. Die Angaben über das Ausmaß der Gewalt, das Frauen in den ersten Nachkriegsmonaten angetan wurde, gehen stark auseinander. Die in der Fachliteratur für Berlin aufgeführten Zahlen differieren zwischen 800.000 und 20.000 Vergewaltigungen, wobei Untersuchungen aus jüngerer Zeit die bereits unter dem Regierenden Bürgermeister Ernst Reuter ermittelte Zahl von über 90.000 Vergewaltigungsfällen bestätigen. Barbara Jahr kam 1992 nach einer Auswertung der statistischen Unterlagen aus Krankenhäusern und Gesundheitsämtern Berlins zu folgender Zahlenangaben: „Als 1945 über 450.000 Soldaten der Roten Armee in Berlin kämpften, lebten 1,4 Millionen Mädchen und Frauen in der Stadt. Zwischen Frühsommer und Herbst 1945 wurden mindestens 110.000 dieser Mädchen und Frauen von Rotarmisten vergewaltigt (7,1%). Die meisten Vergewaltigungen, mindesten 100.000 geschahen im April, Mai und Juni 1945. (...) Die Zahl der vergewaltigten Mädchen und Frauen ist im übrigen nicht identisch mit der Zahl der Vergewaltigungen. Nach allen Unterlagen, die wir ausgewertet haben, wurden über 40% mehrfach vergewaltigt. Die meisten zwei- bis viermal, aber auch viel häufiger. Ein Teil der Opfer überlebte die Tat nicht, viele litten lebenslang.“<sup>63</sup>

Zu Bersarins Zeit waren es vor allem der Oberkommandierende Marschall Schukow und die Offiziere der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee, die sich mühten, nach der Kapitulation Berlins wieder Ordnung in die Truppe zu bringen. Diesen Verantwortungsträgern mußte klar sein, daß durch die Gewalttaten gegen die besiegten Deutschen ihrem politischen Auftrag, einen prosowjetischen deutschen Nachkriegsstaat vorzubereiten, der Boden entzogen wird. Marschall Schukow erließ am 4. Mai 1945 einen Befehl, daß in Berlin für Ordnung gesorgt werden solle und alle Einheiten, die nach Ende der Kampfhandlungen nicht mehr im Stadtgebiet benötigt wurden, aus der Stadt abzuziehen seien. Bersarin benötigte drei ganze Tage, um diesen Befehl seines Oberkommandierenden gegen Plünderungen und Vergewaltigungen umzusetzen.<sup>64</sup> Erst am 7. Mai gab er seinen Truppen die Order, Plünderungen und Gewaltakte gegen die Zivilbevölkerung durch einen Streifendienst zu unterbinden.<sup>65</sup> Besondere Konsequenzen hatte dieser Routinebefehl aber ganz offenkundig nicht, die Plünderungen und Vergewaltigungen dauerten während der

---

<sup>62</sup> Norman N. Naimark: Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1997.

<sup>63</sup> Barbara Jahr: Die Ereignisse in Zahlen, in: Helke Sander, Barbara Jahr (Hrsg.): Befreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigungen, Kinder. München 1992, S. 54 f.

<sup>64</sup> Vgl. hierzu die Aussage von Generalleutnant Iwan Anaschkin in „Roter Stern über Deutschland“.

<sup>65</sup> Peter Jahn veröffentlichte diesen „Befehl Nr. 180“ Bersarins, „den er als Oberkommandierender der 5. Stoßarmee unter der – nur auf Dienstroutine weisenden – Überschrift ‚Organisation des Patrouillendienstes in Berlin‘ erlassen hatte in der Berliner Zeitung vom 9. November 2001, S. 12. Nach Jahns Kommentar entzieht dieser Befehl Bersarins zur „Dienstroutine“ dem Vorwurf, „Bersarin sei nicht energisch gegen Willkürakte und Racheexzesse der sowjetischen Soldaten vorgegangen, die Grundlage“. Die Fakten sprechen aber genau für das Gegenteil. „Energisch“ kann Bersarins Vorgehen gegen Vergewaltigungen angesichts der vorliegenden Zahlen gerade eben nicht gewesen sein. Als Anfang Juni marodierende Sowjetsoldaten Berlin mit einer zweiten Plünderungs- und Vergewaltigungswelle überzogen, versagten die Ordnungskräfte des Stadtkommandanten Bersarin ganz offenbar auf ganzer Einsatzlinie.

gesamten Amtszeit Bersarins an. Das kann dem Stadtkommandanten keineswegs entgangen sein. War er doch, wie Keiderling behauptet hat, „täglich (...) mit dem Wagen oder dem Motorrad unterwegs. Er wollte sich selbst von den Fortschritten der Normalisierung des Lebens und des demokratischen Neuaufbaus überzeugen, er kontrollierte und half mit politischem Rat und Befehlen.“<sup>66</sup> Mit dem Bild eines „fürsorglichen Familienvaters“, der seine Rolle auf die des „Kommandanten der anvertrauten Stadt“ übertrug,<sup>67</sup> sind die Ereignisse, die sich in Bersarins Stadtkommandantenzeit zutrug, jedenfalls nicht in Übereinstimmung zu bringen.

Doch es blieb nicht nur bei einer relativen Passivität gegenüber den marodierenden Soldatenbanden. Unter Bersarins Verantwortung wurde unmittelbar nach der Kapitulation den Berliner Krankenhäusern und Ärzten untersagt, bei den betroffenen Frauen Abtreibungen vorzunehmen. Walter Ulbricht teilte das am 20. Mai 1945 Berliner KPD-Delegierten aus allen Bezirken mit. Er verbat sich auf dem Treffen jegliche Diskussion zu diesem Thema. In einer Protokollnotiz hielt Ulbricht fest, daß der „Leiter der Abteilung für Gesundheitswesen“ - das war Ferdinand Sauerbruch - „die Frauen zu sich bestellt hat, die vergewaltigt wurden, um die Abtreibung zu organisieren. Einige Genossen pflichteten dieser Auffassung bei. Wir erklärten, daß eine Untersuchung von Frauen erfolgen darf im Falle von Geschlechtskrankheiten, aber im übrigen sind wir gegen die Abtreibungen; werden das in einiger Zeit auch offen begründen. Die Herren Ärzte müssen darauf aufmerksam gemacht werden, in diesen Fragen etwas mehr Zurückhaltung zu üben.“<sup>68</sup>

Georgi Dimitroff empfahl am 25. Mai 1945 mehreren KPD-Funktionären, die in Moskau auf ihren Einsatz in Berlin vorbereitet wurden, wegen der Übergriffe auf die Zivilbevölkerung sollten die deutschen Kommunisten die Rote Armee „nicht als Befreier des deutschen Volkes bezeichnen“, das „würde nicht als aufrichtig verstanden werden“. Die „Mehrheit wäre froh, wenn Hitler gesiegt“ hätte und suche „Gründe für die Niederlage“. Wilhelm Pieck schrieb bei diesem Treffen stichwortartig Dimitroffs Erklärung folgendermaßen mit: „Wenn einzelne Übergriffe von Rotarmisten, so Feinde versuchen, auszunutzen - Kommunisten müssen erklären - Folgen der Bestialitäten in SU.“<sup>69</sup>

Im Verlauf der kontroversen Debatten um Bersarins Ehrenbürgerschaft argumentierten ausgerechnet die sonst gegenüber Opfern militärischer Gewalt so sensiblen Grünen ganz ähnlich, wie es Dimitroff seinerzeit den deutschen Kommunisten empfohlen hat. So einfach aber kann ein zuständiger Truppenkommandant nicht von seiner Verantwortung für eine seiner zentralen Ordnungsaufgaben entbunden werden. Der Schutz der Zivilbevölkerung vor den Übergriffen siegreicher Soldaten gehört nun einmal zu den elementaren Pflichten der Verantwortungsträger einer Besatzungsmacht. Durch sein Versagen auf diesem Gebiet bleibt Bersarins Name untrennbar mit den Besatzungsverbrechen und Übergriffen verbunden, die sich in seiner Zeit als Stadtkommandant ereigneten.

In einigen Berliner Bezirken kam es Ende Mai angesichts der andauernden Plünderungen und Vergewaltigungen zu Gegenreaktionen von deutscher Seite. Jugendliche gingen nachts auf eigene Fauste gegen marodierende Rotarmisten vor. Bersarins Stadtkommandantur reagierte auf diese wilde Selbsthilfe mit der Androhung von Geislerschießungen. Oberbürgermeister Arthur Werner ließ im Auftrag der Kommandantur im Stadtgebiet folgende Verlautbarung gegen „gewissenlose Verbrecher“ verbreiten, die Anschläge gegen

---

<sup>66</sup> Gerhard Keiderling: Berlin 1946-1986 a.a.O. S. 58.

<sup>67</sup> Vgl. Peter Jahn im Vorwort des Ausstellungskataloges Nikolaj Bersarin, Berlin 1999, S. 9.

<sup>68</sup> Vgl. SAPMO-BArch, NY 4182/851a, Nachlaß Walter Ulbricht.

<sup>69</sup> Piecks Notizen sind abgedruckt in Gerhard Keiderling: „Gruppe Ulbricht“ in Berlin, a.a.O. S. 386.

Objekte und Angehörige der Besatzungsmacht verübt hatten: „Berliner! Macht diesem verbrecherischen Treiben sofort ein Ende. Ich warne alle Verblendeten und Irregeleiteten, besonders Angehörige der ehemaligen Hitlerjugend vor einer Fortsetzung dieses Treibens. Eltern und Erziehungsberechtigte macht Euren Kindern klar, welches sinnlose und verderbliche Volksverbrechen heute jede Art von Anschlägen darstellt. Die verdiente Strafe wird jeden Attentäter und Brandstifter treffen. Er wird mit seinem Leben büßen. Jeder, der einen Anschlag auf einen Angehörigen der Besatzungstruppen oder einen Träger öffentlicher Funktionen unternimmt oder aus politischer Feindschaft eine Brandstiftung verübt, reißt außerdem 50 (fünfzig) ehemalige Mitglieder der Nazipartei mit sich in den Abgrund. Ihr Leben ist zugleich mit dem Leben des Attentäters oder Brandstifters verwirrt.“ Auch wer die Planung einer Tat, die ihm bekannt wird, nicht melde, werde wie der Täter selbst gerichtet“.<sup>70</sup>

Eine später umstrittene Ordnungsaufgabe hingegen ließ Bersarin mit großem Eifer umsetzen. In den Wohnbezirken Berlins ließ er ein System von Haus-, Block- und Straßenableuten einrichten, das mit Vertrauensmännern der Kommunisten durchsetzt war und sich sehr rasch in einen wildwüchsigen und korrupten Spitzel- und Denunziantenapparat verwandelte. Die Kommandanten der Westmächte machten in ihren Sektoren diesem Unwesen der kommunistischen „Blockwarte“ rasch ein Ende.<sup>71</sup> Die amerikanische Militärregierung verwahrte sich schließlich energisch und öffentlich gegen den Versuch des kommunistisch dominierten Magistrats das Obleutesystem aufrechtzuerhalten. Oberbürgermeister Werner erhielt am 9. September eine entsprechende Anweisung der amerikanischen Kommandantur: „Das System der Haus-, Straßen- und Blockobleute ist dem System der Nazizeit nachgeahmt“, hieß es darin. Die Obleute hätten zwar zeitweilig der Gemeinschaft einige gute Dienste geleistet, es sei jedoch auch zu zahlreichen Willkürakten gekommen. „Kurz, das System ist in keiner Weise demokratisch und wahrscheinlich ist Berlin die einzige deutsche Stadt, in der ein derartiges System heute noch existiert. (...) Vor 1933 gab es keine Haus-, Straßen- und Blockobleute in Deutschland. Es gibt auch heute keinen guten Grund für deren Existenz. Die Unbequemlichkeit, die der Bevölkerung durch diese Änderung entsteht, wird mehr als wettgemacht durch die demokratische Freiheit, die in Zukunft gegeben werden kann. Wie ihre Alliierten haben die Vereinigten Staaten diesen Krieg geführt, um Nationalsozialismus und Faschismus auszumerzen. Wir können die Existenz solcher Vormünder nicht weiter dulden - unter keinem Deckmantel unter keinem Namen.“<sup>72</sup>

<sup>70</sup> Der Aufruf von Oberbürgermeister Arthur Werner wurde in Nr. 12 der Berliner Zeitung vom 1. Juni 1945 auf Seite 1 abgedruckt.

<sup>71</sup> Vgl. Hans Herzfeld: Die politische Entwicklung in Berlin von 1945 bis zur Spaltung von 1948, in Berlin Sowjetsektor. Die politische, rechtliche, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung in acht Berliner Verwaltungsbezirken, Berlin 1965, S. 25. Vgl. auch: George F. Pawling, Kommandant von Neukölln: Befehl zur Abschaffung der Straßenableute und Blockleiter vom 21. August 1945. SAPMO-BArch, DY 30/3362, Bestand Ulbricht. Vgl. auch LAZ Nr. 4505.

<sup>72</sup> Die Anweisung erschien am 9. September 1945 in der „Allgemeinen Zeitung“, dem offiziellen Organ der amerikanischen Militärregierung in Berlin. In einer weiteren Anordnung untersagte es der Kommandierende General Frank L. Howley am 18. September dem Magistrat, durch Artikel in der Berliner Zeitung, „die öffentliche Meinung gegen unsere Aktion zu beeinflussen, dieses Unterdrückersystem abzuschaffen“. Am 12. Oktober 1945 erließ die britische Militärregierung ein Verbot des Obleutesystems. Am 1. August 1946 folgte eine entsprechende Maßnahme im französischen Sektor. Die Befehle und Schreiben sind abgedruckt in: Hans J. Reichhardt, Hannes U. Teutler, Albrecht Lampe: Berlin – Quellen und Dokumente 1945-1951, 1. Halbband, hrsg. im Auftrag des Senats von Berlin durch das Landesarchiv. S. 224, S. 247 ff.

Nachdem die Westalliierten mit der Einführung der demokratischen Freiheit auch für freie Wahlen sorgten, wählten die Berliner den von Bersarin eingesetzte Magistrat ab. Die bürgerlichen Feigenblätter der ersten Stunde waren ihm da bis auf den Oberbürgermeister ohnehin schon abhanden gekommen. Am 23. November 1946 mußte dann auch Marionettenbürgermeister Arthur Werner von der politischen Bühne abtreten. Die erste – und bis 1990 letzte – freie Wahl im „Groß Berlin“ der Nachkriegszeit brachte den Kommunisten eine vernichtende Niederlage. Die SED errang nur 26 von 130 Sitzen in der Stadtverordnetenversammlung und durfte nur drei von 19 Magistratsmitgliedern stellen. In seiner Abschiedsrede spendete Arthur Werner ein zweifelhaftes Lob: „Wenn wir heute im Rückblick (...) feststellen, daß wir ganz überwiegend noch dieselben Männer sind, die seinerzeit aus der Hand des verstorbenen Herrn Generaloberst Bersarin ihr Amt entgegengenommen haben, so erkennen wir, daß dieser erste verdienstvolle russische Stadtkommandant – ebenso wie Herr Marschall Schukow – mit sicherem Blick eine glückliche Auswahl geeigneter Männer getroffen hat.“<sup>73</sup> In Ost-Berlin, so wäre hinzuzufügen, blieben diese von dem ersten sowjetischen Stadtkommandanten eingesetzten Männer schließlich um den Preis der Spaltung Berlins an den Hebeln der Macht. Der stellvertretende Oberbürgermeister Karl Maron wurde Innenminister der DDR, Volksbildungsstadtrat Otto Winzer Außenminister der DDR, Personalchef Arthur Pieck Direktor der Interflug, Arbeitsstadtrat Hans Jendretzky SED-Chef Ost-Berlins, der Stadtrat für Handel und Handwerk Josef Orlopp DDR-Regierungsbeauftragter für innerdeutschen Handel, Sozialstadtrat Ottomar Geschke amtierte nach der Westvertreibung der frei gewählten Abgeordneten als Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung Ost-Berlins.

Der Mißbrauch des Staates als Instrument zur Durchsetzung der Parteiideologie war für die SED von Anfang bis zum Ende eine Selbstverständlichkeit. Die PDS betreibt im Sinne dieser Tradition ganz freimütig heute das Luxemburg- und Bersarin-Begehren und dekorierte ihre Propagandistin Daniela Dahn mit der Luise-Schroeder-Medaille. Ein Konsens der Bürgergesellschaft wird da gar nicht erst angestrebt. Die Berliner Ehrenbürgerschaft wurde bis zum Machtantritt der Kommunisten in Ost-Berlin nur an lebende Personen verliehen. Mit der Ehrenbürgerschaft sind nämlich eine Reihe von Vergünstigungen verbunden, die Tote nicht in Anspruch zu nehmen vermögen. Als da wäre ein kostenloser Gebrauch des öffentlichen Verkehrs, bevorzugte und unentgeltliche Einladungen zu allen möglichen kulturellen und politischen Veranstaltungen des Senats. Einzig die Zuerkennung eines Ehrengrabs auf Kosten der Stadtkasse könnte auch für bereits Verstorbene noch einen Sinn machen. Der sozialistische Totenkult – eine nur schwache Kompensation des Jenseitsverlustes für zwanghafte Atheisten – ist im SED-Staat immer eine Parteisache geblieben. Die Bevölkerung hatte wenig bis nichts für die vielen Helden der Sowjetunion übrig, denen – lebendig oder tot – die Ost-Berliner Ehrenbürgerwürde verliehen worden ist. Zum 8. Mai 1965 waren es neun sowjetische Kommandanten auf einen Schlag und die beiden Soldaten, die 1945 auf dem Reichstag die Rote Fahne gehißt hatten. Später kamen noch als weitere Russen der sowjetische Botschafter Abrassimow und 1975 Nikolai Bersarin hinzu.

Der Senat von Berlin verlieh bis 1989 einvernehmlich mit dem Abgeordnetenhaus solchen Personen die Ehrenbürgerwürde, die sich in hervorragender Weise um Berlin verdient gemacht haben. Die Verleihung des Berliner Ehrenbürgerrechts geht auf die Steinsche Städteordnung vom 19. November 1808 zurück. Berlin hat davon zuweilen extensiven Gebrauch gemacht. Als erster Ehrenbürger wurde am 6. Juli 1813 Oberkonsistorialrat Probst Conrad Gottlieb Ribbeck für seine Verdienste während der französischen Beset-

---

<sup>73</sup> Zitiert nach Keiderling/Stulz, a.a.O. 109.

zung der Stadt geehrt. Nach der Spaltung Berlins bekannte sich die im Westen tagende Stadtverordnetenversammlung zur Verantwortung für die aus der Vorzeit überkommene Ehrenbürgerliste und strich daraus am 16. Dezember 1948 die Nummern 59, 60, 61, 62 und 64. Das waren: Adolf Hitler, Hermann Göring, Joseph Goebbels, Wilhelm Frick und Wilhelm Pieck. Zwischen Frick (geehrt 1937) und Pieck (geehrt 1946 vom kommunistisch dominierten Magistrat unter Arthur Werner) war Paul Lincke 1941 ernannt worden, der als ehrwürdig befunden wurde und der West-Berliner Liste erhalten blieb. Ost-Berlin hielt an Wilhelm Pieck fest und führte fortan seine eigene traditionslose Ehrenbürgerliste mit Pieck als Nummer Eins bis zur Wiedervereinigung der Stadt weiter. Unter den am Ende 27 Ost-Ehrenbürgern befand sich neben Walter Ulbricht (gewürdigt 1963), der Himmelsstürmer Siegmund Jähn, die Schriftstellerin Anna Seghers und Erich Honecker (gewürdigt 1982). Letzterem entzogen die Stadtverordneten Ost-Berlins während der demokratischen Revolution am 31. Dezember 1989 die Ehrenbürgerwürde.

Während es auf der Ost-Liste von Militärs nur so wimmelte, ging es im Westen zivil zu. Nur die beiden Militärgouverneure John J. McCloy und Lucius D. Clay, die einiges zum Überleben West-Berlins beigetragen haben, erhielten die Ehrung. Ansonsten würdigte West-Berlin neben allen Bundespräsidenten seit Theodor Heuss u.a. Hans Scharoun, Herbert von Karajan, Shepard Stone, Heinz Galinski und Helmut Schmidt – allesamt Persönlichkeiten, die von einem breiten überparteilichen Konsens getragen wurden. Nach der Wiedervereinigung überführte der Senat aus guten Gründen weder Ulbricht noch Bersarin und auch nicht die vielen Sowjetmilitärs in die traditionelle Berliner Ehrenliste; wohl aber Anna Seghers, Siegmund Jähn und den sowjetischen Kosmonauten Walerie F. Bykowski sowie Wieland Herzfelde. Posthum geehrt hat man in Berlin bislang nur eine ganz große Eingeborene mitten aus dem Herzen der Stadt: Marlene Dietrich. Ein lebendiger und unumstrittener Russe ist seit 1992 Berlins Ehrenbürger: Michail Gorbatschow, der - wie Hans Magnus Enzensberger ihn nannte - große sowjetische Held des Rückzugs. Ihm schuldet Berlin Dank und Respekt. Aber auch der Held des sowjetischen Vormarsches Generaloberst Bersarin ist freilich auch ohne das rührige Ehrenbürgerbegehren keineswegs aus dem Gedächtnis der Stadt verschwunden. Zwei Gedenktafeln würdigen seine Leistungen und ein Verkehrsknotenpunkt ist nach ihm benannt. Der Bersarin- Platz liegt mitten in Berlin am Anfang der Petersburger Straße. Vor Petersburg begann 1921 Bersarins militärische Karriere. Der siebzehnjährige Freiwillige eilte zur roten Fahne, als es galt den Kronstädter Matrosenaufstand niederzuschlagen. Von Petersburg bis Berlin, vom Kindersoldaten im Weltbürgerkrieg bis zum „Helden der Sowjetunion“ hat er einen weiten Weg zurückgelegt. Seine Biographie verdient es durchaus, im historischen Verstehen der Nachgeborenen aufgehoben zu bleiben. Dazu sind Bücher und Ausstellungen der rechte Ort. Auch für linke Seelen. Zum Frommen neu auftragener Befreiungslegenden, zur Befriedigung museumspädagogischer Eitelkeiten oder parteipolitischer Ersatzbefriedigung taugt dieser Stoff jedoch nur unter Ausblendung seiner historischen Substanz – als Legende eben vom braven Stadtkommandanten B.